



Politische Berichte

Nummer 10 / 12. Jahrgang

10. Mai 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Justizminister planen kurzen Prozeß * Gemeinsames Kommuniqué von ANC und PAC * Leipzig: Aktionsprogramm des PDS-Stadtverbandes * IG Medien: Warnstreiks ausgedehnt * Die Grünen — ein trauriger Rest

„Hilfseinsätze“ für Kolonialregimes!

Bundeswehreinheiten in Türkei und Iran helfen nicht den Kurden, sondern deren Bedrückern

Über 380 Bundeswehrsoldaten, ausgerüstet u. a. mit 38 Hubschraubern, sind nach letzten Meldungen inzwischen in der Türkei und im Iran stationiert, angeblich zur „Kurdenhilfe“. Die Bundesregierung nutzt die von ihr selbst angelegte Propaganda, der Westen müsse „den Kurden hel-

fen“, um zügig Militär zu verlegen. Inzwischen tauchen erste Meldungen auf, daß der Einsatz keineswegs so „humanitär“ ist, wie behauptet. In der Türkei etwa helfen die im Frühjahr stationierten Bundeswehr-Einheiten der türkischen Armee gegen die kurdische Guerilla.

In der Ausgabe 5/91 der Zeitschrift „Wehrtechnik“ berichtet ein Oberst Richter, Stabsabteilungsleiter Logistik im Führungsstab der Luftwaffe, über die in der kurdischen Stadt Erhac im Rahmen der „Schnellen Eingreiftruppe“ der NATO zum „Schutz der Türkei“ stationierten Bundeswehreinheiten während des Krieges gegen den Irak. Darin schildert er, wie die Bundeswehr ihre Stationierung genutzt habe, um der türkischen Armee Nachtflügeinsätze von Hubschraubern zu ermöglichen:

„Nach Aufnahme des Flugbetriebs in Erhac wurde festgestellt, daß die türkische Luftwaffe keinen „Search and Rescue“ nach deutschen Vorstellungen realisieren konnte. Zwei Hubschrauber Bell UH-1 D, einer davon mit der modernsten Ausrüstung für den Nachtflugbetrieb mit einer Restlichtverstärkerbril-

le, wurden mit Transall nach Erhac geflogen. Das erforderliche Kartenmaterial für den Nachttiefflug mit Hubschraubern mußte sich das Personal in der Osttürkei selbst erfliegen ...“ (zitiert nach: „NiD“ Nr. 10/91)

Die Bundeswehr hat also der türkischen Armee bei der Bereitstellung einer weiteren Waffe gegen die kurdische Guerilla geholfen. Den Äußerungen Richters ist zu entnehmen, daß die türkische Armee bis zu diesem Zeitpunkt keine Nachtflüge mit Hubschraubern gegen die kurdische Guerilla fliegen konnte.

Auch die jetzt zu den angeblichen „Hilfseinsätzen“ in der Türkei und im Iran stationierten Einheiten (laut Presseberichten insgesamt 386 Mann mit 38 Hubschraubern, 191 Soldaten und 20 Hubschrauber in der Türkei, 195 Mann und 18 Hubschrauber im Iran) sind

logistische Hilfe für das türkische und das iranische Regime gegen die Kurden. So soll die Bundeswehr im Iran ein Lager für 5000 Kurden errichten. Das wird dem iranischen Regime bei der Kontrolle der Flüchtlinge helfen, während die Bundeswehr Ortskenntnis über die kurdischen Gebiete im Iran gewinnt. Kontakte mit prowestlichen kurdischen Organisationen knüpft.

In Südkurdistan, d. h. den irakisch besetzten und jetzt von den Alliierten kontrollierten kurdischen Gebieten, sind diese Kontakte bereits intensiv. Da sich die Alliierten hartnäckig weigern, das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes anzuerkennen, ist absehbar, daß solche Verbindungen am Ende der NATO bei der Spaltung und Kontrolle des kurdischen Widerstands in der ganzen Region helfen sollen. Zum Teil ersetzen die Alliierten direkt die zusammengebrochene irakische Kolonialverwaltung — nicht etwa durch eine kurdische Verwaltung, sondern durch von ihnen kontrollierte Leute.

Noch deutlicher ist diese Hilfestellung bei der Türkei. In der letzten Woche überschritten zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit starke türkische Militäreinheiten die türkisch-irakische Grenze, um im Nordirak Lager der kurdischen Volksbefreiungsarmee (ARGK) anzugreifen. Über die Gefechte liegen erst spärliche Nachrichten vor. So sollen zwei kurdische Guerillas von den türkischen Streitkräften gefangen genommen und über die Grenze in die Türkei verschleppt worden sein.

Noch fehlen genaue Nachrichten, welche Rolle die sogenannten „Hilfsflüge“ der Alliierten bei der Vorbereitung der türkischen Militäraktion gespielt haben, z. B. bei der Erkundung des Lagers. Die Türkei hat mitgeteilt, die ausländischen Truppen in den kurdischen Gebieten handelten „unter Kontrolle und Autorität der türkischen Streitkräfte“ (zit. nach „Kölner Stadtanzeiger“ vom 6. 5. 91). Das macht noch einmal deutlich, daß die „Schutzzonen“ nicht dem Schutz der Kurden dienen, sondern auch eine neue Form des Kampfes gegen die kurdische Guerilla sind. Für den Fall, daß die bisherige — irakische und z. B. auch die türkische — koloniale Herrschaft über die Kurden sich als zu instabil herausstellt, steht die NATO bereit — mit Ortskenntnis, Verbindungen zu Kurden und Truppen. — (rül)



Der BDI hat die Ankündigung von Finanzminister Waigel, die Regierung überlege, die Vermögenssteuer nicht ganz abzuschaffen, kritisiert. Waigel hatte Anfang Mai erklärt, die betriebliche Vermögenssteuer solle nicht abgeschafft, sondern auf ein „international verträgliches Belastungsniveau“ gesenkt werden. Der BDI beharrt demgegenüber auf der Abschaffung dieser Steuer wie der Gewerbesteuer. — (rül)

Metall: Durchwachsener Abschluß

Anhebung der untersten Lohngruppen — kein Mindestbetrag

Nach drei Tagen Warnstreik hatten es Gesamtmetall bzw. der baden-württembergische Verband der Metallindustrie (VMI) plötzlich eilig. Die kurzfristig einberufene sechste Verhandlungsrunde führte zu dem raschen Abschluß in Nordwürttemberg-Nordbaden (NW/NB). Dieser Abschluß muß auf die anderen Tarifgebiete übertragen werden, und da ist noch mit Widerstand der regionalen Unternehmerverbände zu rechnen. Vor allem dort, wo die Elektroindustrie mit unteren Lohngruppen stark vertreten ist.

Tatsächlich bringt der Abschluß in den untersten beiden Lohngruppen eine spürbare Erleichterung: Die bisherige unterste Lohngruppe 2 wird auf die Höhe der bisherigen Lohngruppe 3 angehoben und damit faktisch abgeschafft. Die Erhöhung in dieser Lohngruppe beträgt 231 DM oder 12 Prozent. Die bisherige Lohngruppe 3 wird um eine halbe Lohngruppe erhöht. Der Erhöhungsbetrag beträgt hier 186 DM oder 9,3 Prozent.

In diesem Bereich kann der Tarifabschluß die Teuerung und die gestiegene Steuerbelastung ausgleichen. Es ist gelungen, das festgefugte Tabu der Unternehmerverbände „Keine Anhebung der unteren Lohngruppen“ zu durchbrechen. Erstmals seit 1978 ist wieder eine unterste Lohngruppe beseitigt worden. Die Metallkapitalisten mußten ein Stück Lohndiskriminierung aufgeben. Damit ist auch eine günstige Voraussetzung für

künftige neue Entgelttarifverträge mit höheren Mindestlöhnen geschaffen.

Insofern ist der Abschluß ein Erfolg der Bestrebungen von Frauenausschüssen, Vertrauensleuten, Tarifkommissionen usw., die in dieser Tarifbewegung stärker und zahlreicher denn je für eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen gekämpft haben.

Andererseits wurde mit dem 6,7 Prozent-Abschluß der Mindestbetrag von 280 DM aufgegeben, der eine Besserstellung bis einschließlich Lohngruppe 9 zum Ziel hatte. 82 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Metallindustrie NW/NB wären davon betroffen gewesen, von der jetzigen Anhebung der Lohngruppen 2 und 3 sind es 12 Prozent.

In der Lohngruppe 4 bringen die 6,7 Prozent gerade 142 DM, also nur die Hälfte des geforderten Mindestbetrags. In diesem Bereich, Lohngruppe 4 und folgende, kann von einem Ausgleich der gestiegenen und weiter steigenden Belastungen keine Rede sein. Hier werden die realen und netto verfügbaren Löhne im Lauf dieses Jahres spürbar sinken.

Erst in der obersten Arbeiterlohngruppe 12 werden 202 DM erreicht, in den obersten Gehaltstärkgruppen immerhin stattliche 364 DM. Auch mit der besonderen Anhebung der unteren Lohngruppen sind die Wirkungen des Tarifabschlusses für verschiedene Teile der Belegschaften deutlich differenziert.

Quelle: Nachrichten Stahl- und Metallindustrie, Heft 10/91, 10. 5. 91 — (rok)

Mobilisierung für höhere Mindestlöhne



Der in allen Tarifgebieten geforderte Mindestbetrag wurde im Abschluß zwar nicht durchgesetzt, führte aber zur faktischen Aufhebung der untersten Lohngruppe 2 und zur Anhebung der Lohngruppe 3. Bild: Transparent von Metallarbeitern auf der 1. Mai-Demonstration in Köln. — (rok, Bild: af/mz)

Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München?

Der übernächste Weltwirtschaftsgipfel der sieben größten imperialistischen Mächte (USA, Japan, Kanada, Italien, Großbritannien, Frankreich, BRD) soll voraussichtlich im Juli 1992 in München stattfinden. Darauf haben sich die Finanzminister der „G7“-Mächte in Washington auf Vorschlag von BRD-Finanzminister Waigel (CSU) geeinigt. Die Entscheidung muß noch von den Staats- und Regierungschefs auf dem kommenden Gipfeltreffen, das Mitte Juli in London stattfindet, bestätigt werden. 1985 hatte der letzte Weltwirtschaftsgipfel in der BRD stattgefunden, damals in Bonn. — (rül)

ZDK und Bischofskonferenz für Strafverfolgung bei Abtreibung

Das Zentralkomitee der Katholiken und die Deutsche Bischofskonferenz haben am 19. 4. eine gemeinsame Entschließung verabschiedet, die sich gegen jede Lockerung der Strafverfolgung bei Abtreibungen ausspricht. Die Erklärung bekräftigt die reaktionäre Position, der Staat habe die Pflicht, „sich schützend und fördernd vor das ungeborene Kind

zu stellen“ und die Schwangere mit Strafverfolgung bei Abtreibung zu bedrohen. Dies dürfe auch „nicht für eine bestimmte Frist in Frage gestellt werden“. Die Position „Helfen statt Strafen“ sei eine „unzulässige Gegenüberstellung“. „Hilfe“ und „Strafe“ müßten sich vielmehr „ergänzen“. Die Entscheidung droht indirekt mit einer neuen Verfassungsklage, falls die geltende Strafverfolgung gelockert werde. — (rül)

Ministerpräsident Streibl will PDS verbieten lassen

Im Februar hatte die Bayerische Staatsregierung angeordnet, die PDS durch den Verfassungsschutz zu beobachten. Das wurde von manchen, leider auch den direkt Betroffenen, nicht sehr ernst genommen. Jetzt hat der bayerische Ministerpräsident Streibl (CSU) nachgelegt. In „Bild am Sonntag“ forderte er ein Verbot der PDS: „Ich scheue mich nicht, notfalls beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einen Verbotsantrag zu stellen.“ Streibl zieht plump-falsche, von den Bürgerlichen derzeit oft wiederholte Parallelen. „Die PDS verhält sich zur SED so, als ob 1946 die NSDAP sich in DAP umgetauft und un-

ter Führung von Hermann Göring und dem Gauleiter von Sachsen einfach weitergemacht hätte.“ Ohne Nachweis aus Programm und Tätigkeit behauptet er, die PDS predige den Umsturz. Das Beschwören von Verfassungsfeindlichkeit bereitet Repressionen vor. — (alk)

3. Konferenz der Kurdistan-Solidaritätsbewegung

Am 4./5. Mai fand in Köln die 3. Konferenz der Kurdistan-Solidaritätsgruppen statt. Mehr als 60 Personen aus 19 Solidaritätsgruppen und Vertreter des Kurdistan-Komitees in Köln berieten über die weitere Zusammenarbeit. Seit der letzten Konferenz vor einem Jahr sind eine Reihe neuer Gruppen entstanden, die Arbeit der bestehenden Gruppen ist vielfältiger geworden. Auch die materielle Unterstützung für den kurdischen Befreiungskampf hat zugenommen: In den letzten drei Monaten sind über 11 000 DM allein auf dem Konto der Solidaritätsgruppen zur Unterstützung des Befreiungskampfes eingegangen. Ein 15 Personen umfassender Koordinationsausschuß soll die Arbeit im nächsten Jahr koordinieren. Im „Kurdistan-Rundbrief“ 11/91 werden die Ergebnisse der Konferenz erscheinen. — (rül)

VSP-Delegiertenkonferenz vom 26.-28.4.: Kurzer Bericht

Am ersten Abend stand der Golfkrieg auf der Tagesordnung. Es gab keinen Streit über die Bilanz des Eingreifens der VSP, aber eine kontroverse Diskussion über die Rolle Israels, über Antizionismus und Antisemitismus. Ein Papier gegen Militarismus und Bundeswehrein-sätze im Ausland wurde mit großer Mehrheit angenommen. Am 27. 4. stand die Debatte über die Perspektiven der Linken und der VSP im Mittelpunkt. Etwa zwei Drittel stimmten für eine Resolution der Mehrheit (in: SoZ 6/91), ca. ein Drittel für einen Text der „Plattform“-Minderheit („Verteidigung der VSP als revolutionäre Organisation“, SoZ 8/91). Die „Vereinbarungen zur IV. Internationale“ gelten zugunsten einer angestrebten einvernehmlichen Änderung auf der nächsten oZDK bei übergangsweiser Billigung einer in festgelegten Punkten geänderten Praxis fort — hierfür stimmte eine breite Mehrheit nach einer ziemlich komplizierten Diskussion. Die Punkte Ost-West-Deutschland und Leitungswahlen konnten aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden. Die Konferenz wird deshalb am 15. 6. fortgesetzt. — (Mke, VSP)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Polizeikooperation

Ein Schwerpunkt der Gespräche Kohls mit dem spanischen Ministerpräsident Gonzales Anfang Mai war der Ausbau der Polizeikooperation zwischen beiden Staaten. „Mit den Mitteln von gestern“ könne man gegen den Rauschgifthandel nicht erfolgreich sein, verkündete Kohl zur Erläuterung. Geplant ist u.a. eine engere Zusammenarbeit der Länderpolizeibehörden und ein „juristisches Instrument“ für länderübergreifende Verfolgung bei Drogendelikten. Tatsächlich dürfte sich die Polizeialianz vor allem gegen die politische Opposition in beiden Ländern, insbesondere gegen die baskische Befreiungsbewegung, richten.

Kaliningrad-„Nothilfe“

Die Einmischungen bundesdeutscher Revanchisten, Staatsorgane und Kapitalisten greifen inzwischen über Polen hinaus direkt ins sowjetische „Kaliningrad“, früher als deutsche Ostkolonie unter dem Namen „Königsberg“ bekannt. Mitte Juni will eine „Aktion Königsberg“ — Hilfe für Russen und Deutsche“ von Hamburg aus einen Transport für angeblich „Notleidende“ im sogenannten „Ostpreußen“ entsenden. Von Hamburg besteht auch eine direkte Flugverbindung nach Kaliningrad. Ebenfalls im Frühsommer wollen Wirtschaftsvertreter Hamburgs und Bremens nach Kaliningrad reisen, um an alten Hanse-Ostexpansionen anzuknüpfen. Der frühere Bremer Europa-Abgeordnete Müller Hermann verbreitet, Kaliningrad wünsche von EG und BRD mehr Wirtschaftshilfe. (Quelle: FAZ, 29.4.)

Junkerhilfe — Fortsetzung

Die Bundesregierung plant einen „Entschädigungsfond“ für nach 1945 in der DDR entschädigungslos Enteignete — zumeist Kriegsverbrecher, Junker und große Kapitalisten — denen nach dem 2+4-Vertrag ihre Vermögen nicht zurückerstattet werden können. Den Tribut für diesen Personenkreis soll die Bevölkerung der DDR aufbringen. Geplant ist, den Fonds aus den Veräußerungserlösen der Treuhand, aus den Erlösen des Verkaufs des vom Bund angelegten DDR-Staatsvermögens sowie aus einer 20 %-Sonderabgabe für Haus- und Grundbesitz in der DDR zu bestreiten. So soll die Treuhand jährlich 20 % ihrer Verkaufserlöse in den Fond zahlen. Sollten die Entschädigungsleistungen noch höher ausfallen, will der Bund aus seinem Steueraufkommen einspringen.

Zentralbankenstreit

Der Präsident der Landeszentralbank Hamburg, Nölling, hat der Forderung des Bundesrates nach Beibehaltung der bisherigen Zentralbank-Struktur — eine Landeszentralbank je Bundesland — entschieden widersprochen. Er verlangte stattdessen — wie das Bundesbank-Direktorium und u.a. Finanzminister

Waigel — die Zahl der Landeszentralbanken auf acht zu verringern. Die LZB Hamburg wäre nach diesem Modell auch für Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zuständig. Der Bundesrat hatte demgegenüber am 26. 4. einen Gesetzentwurf in den Bundestag geleitet, der die bisherige Länder-Struktur der Bundesbank beibehalten will.

Polen-Vertrag

Die Delegationen der BRD und Polens haben sich auf einen gemeinsamen Vertragsentwurf für einen deutsch-polnischen Vertrag geeinigt. Der Entwurf ist noch nicht veröffentlicht, er liegt derzeit den Regierungen zur Prüfung vor. Im Juni soll er, falls nicht noch Änderungs-wünsche auftreten, von Kohl und dem polnischen Ministerpräsidenten unterzeichnet werden. Nach den jetzt vorliegenden Berichten hat die bundesdeutsche Delegation eine Fülle von Sonderrechten für „Deutsche“ in Polen ausgehandelt. Ausdrücklich spricht der Vertrag von Personen „deutscher Staatsangehörigkeit“ in Polen. Der Einmischung von Revanchisten in polnische Angelegenheiten sowie einer Rekrutierung von Anhängern der deutschen Fahne in Polen ist damit ein weites Feld eröffnet, um Widersprüche in der Bevölkerung Polens zu schüren.

DDR-Vorruhestand

Das Arbeitsministerium prüft derzeit Vorschläge der Kapitalisten, die älteren Arbeitskräfte in der DDR durch eine besondere „Vorruhestandsregelung“ aus den Betrieben zu entfernen und damit den Widerstand gegen das Anpeitschen der Arbeitsethik in diesen Betrieben zu schwächen. Blüm hat ausgerechnet, mindestens 200 000 Beschäftigte würden in „Vorruhestand“ geschickt, wenn ein Vorruhestandsalter von 57 Jahren eingeführt werde.

Ost-Renten weg

Die Bundesregierung will bei der sogenannten „Überleitung“ des DDR-Rentenrechts in BRD-Rentenrecht auch die zahlreichen besseren Regelungen im DDR-Rentenrecht — u.a. Mindest-Rentenansprüche, eigenständige Rentenansprüche von Frauen, Behindertenrenten — sämtlich abschaffen. Das sieht der Entwurf eines „Rentenüberleitungsgesetzes“ vor, der am 26. 4. erstmals im Bundestag beraten wurde. Sprecher der PDS, des Bündnis 90 und selbst der SPD kritisierten diese Absicht.

Was kommt demnächst?

Am 7. und 8. Mai beraten CDU und CSU über den weiteren Kurs nach der Niederlage in der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz. Am 10. Mai treffen in Luxemburg die EG-Finanzminister zu ihrer nächsten Beratung über die Währungsunion in der EG zusammen. Am 2. Juni sind in Hamburg Bürgerschaftswahlen. Vom 15. bis 17. Juli findet in London der nächste Weltwirtschaftsgipfel statt.

Waigel will Steuersenkung für Konzerne

Bundesländer und Kommunen würden dadurch erneut Einnahmeverluste haben

Auf Wunsch der Regierungskoalition werden die Vermögensteuer und die Gewerbesteuer in der ehem. DDR nicht erhoben. Angeblich soll das Arbeitsplätze bringen,

tatsächlich wird den Ost-Ländern und -Kommunen Geld vorenthalten, das ihnen zusteht. Und es wurde ein Vorwand geschaffen, um im Westen nachziehen zu können.

Vor der Ministerpräsidentenkonferenz am 23. 2. waren die Zeitungen voll mit Berichten über den drohenden Bankrott von ostdeutschen Städten. Auf der Konferenz war klar, daß diese Lage nur bewältigt werden kann, wenn die Länder und die Kommunen mehr eigene Mittel zur Verfügung haben. Deshalb votierten sowohl die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten als auch einige Ministerpräsidenten der CDU-geführten Länder für die Beibehaltung der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung vom 16. 1. 91 werden diese Steuern für die neuen Bundesländer nicht erhoben. Die Vermögensteuer ist Landessteuer (derzeit rund sechs Mrd. Mark), die Gewerbesteuer wird von den Kommunen gezogen (ca. 3 Mrd. Mark). Ohne diese Einnahmen sind die Ost-Länder und -Kommunen noch stärker von Bonn und auch von den großen Kapitalbesitzern abhängig, die sich in diesem Gebiet mit lauter Bonner Sondervergünstigungen aufspielen können.

Die SPD kritisiert die Koalitionsvereinbarung als verfassungswidrig. Und

damit hat sie recht. Die Koalition wollte die Steuerstreichungen im Osten als Vorwand nehmen für die Beseitigung dieser Steuern insgesamt. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bezeichnete das als äußerst mutig. Jetzt, nachdem Waigel dafür viel Kritik einstecken mußte, schimpft das Handelsblatt, man hätte diese hinter dem Mond liegenden Ziele eben nicht aufnehmen sollen, wenn man der Kritik nicht gewachsen sei. Er bezeichnete Waigels neueste Vorschläge als einen „etwas billigen politischen Kompromiß“.

Waigels Pläne vom 30. April lauten: — In der ehem. DDR wird die Vermögensteuer nur vorläufig ausgesetzt, weil die Finanzämter noch nicht so weit sind. — Spätestens ab 1993 wird in der ehem. DDR die „private“ Vermögensteuer und eine reduzierte Besteuerung auf das betriebliche Vermögen eingeführt. — Die reduzierte Betriebsvermögensteuer gilt dann auch in der alten BRD. — Die Gewerbesteuer wird im gesamten Bundesgebiet abgeschafft.

Finanziert werden soll die Vermögenssteuersenkung durch Abbau der Ab-

schreibungsmöglichkeiten bei Unternehmen. Damit, so die Kritik der SPD, werden Investitionen kleinerer Firmen benachteiligt, während große Kapitalvermögen zugleich entlastet werden. Die Abschaffung der Gewerbesteuer (etwa ein Siebtel der gesamten Gewerbesteuer) soll den Kommunen schmackhaft gemacht werden durch Senkung der Gewerbesteuerumlage, die sie an die Länder abführen müssen. Damit, so die Kritik der Städteverbände, wird den Kommunen die Einwirkungsmöglichkeit auf die Wirtschaft geraubt.

Während der BDI darauf pocht, daß Abschaffung der Betriebsvermögensteuer und der Gewerbesteuer ein Paket bleiben muß, votiert die SPD dafür, daß diese Steuern auf der Basis des geltenden Steuerrechts beibehalten bleiben. Die SPD-Sprecherin Matthäus-Maier will neuen „Steuerlügen“ vorbeugen, sie fordert Kanzler Kohl auf, die Januar-Vereinbarung für nichtig zu erklären. Sinnvoll wäre, wenn die SPD ihrerseits eine verbindliche Erklärung abgibt, daß sie im Bundesrat hart bleibt. (Handelsblatt 2. 5. 91, 3./4. 5. 91 — baf)

Justizminister planen kurzen Prozeß

Strafverteidigervereinigungen protestieren gegen Pläne zur Gesetzesänderung

Der 15. Strafverteidigertag, der vom 26. bis zum 28. April in Berlin stattfand, hat scharfe Kritik an den Vorhaben der Justizminister geübt, durch Einschränkung der Rechte von Angeklagten und Beschuldigten die Prozeßdauer zu kür-

zen. Die im folgenden in Auszügen dokumentierte Erklärung wurde im Plenum des Strafverteidigertages, an dem ca. 400 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte teilnahmen, einstimmig verabschiedet — (mis. mim. uld)

A. Die Sonderkonferenz der Justizminister und -senatoren am 24. April 1991 in Berlin hat den Entwurf eines Gesetzes zur Verfahrensvereinfachung und Beschränkung der Rechtsmittel in den Gerichtsbarkeiten beschlossen und sich darauf geeinigt, daß über diese Initiative im Bundesrat bis zur Sommerpause 1991 entschieden wird.

Dieses Artikelgesetz sieht neben Änderungen im Bereich der Zivil-, Sozial-, Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit gravierende Veränderungen für den Bereich der Strafgerichtsbarkeit vor.

Dies sind u.a.:

1. Beschränkung des Beweisantragsrechts,
 - durch Erweiterung der Zurückweisungsmöglichkeiten eines Beweisantrages wegen Prozeßverschleppung, § 244 Abs. 3 S. 2;
 - durch erweiterte Erleichterung der Zurückweisung von Beweisanträgen nach Schluß der Beweisaufnahme, § 244 Abs. 5a;
 - durch Erweiterung der Zurückweisungsmöglichkeit von Beweisanträgen auf Vernehmung von Auslandszeugen, § 244 Abs. 5 S. 2.
2. Einschränkung der Rechtsmittel
 - durch Einführung einer Zulassungsberufung gegen Verurteilungen von nicht mehr als 30 Tagessätzen, § 313;
 - durch Einführung einer Zulassungsrevision gegen Berufungsurteile, § 333 sowie
 - durch Abschaffung der Sprungrevision, Aufhebung des § 335.

3. Erweiterung des Sanktionsrahmens im Strafbefehlsverfahren auf Freiheitsstrafen von bis zu 1 Jahr auf Bewährung, § 407a.

4. Erhöhung des Sanktionsrahmens des Einzelrichters auf zwei Jahre Freiheitsstrafe, § 25 Nr. 2 GVG.

5. Änderung der Besetzung der Spruchkörper der Straferichte,

— indem alle Berufungen den kleinen Strafkammern zugewiesen werden sowie

— durch Einführung der Regelbesetzung der erstinstanzlichen Strafkammer mit nur 2 Berufsrichtern mit Ausnahme des Schwurgerichts, § 76 Abs. 1, 2, 3 GVG.

Zur Begründung ihres Beschlusses führen die Justizminister und -senatoren an, der gegenwärtige Stand der Justiz in den neuen Ländern und die angespannte Personallage in der Rechtspflege zwingen zur Ausschöpfung aller Möglichkeiten einer Vereinfachung und Straffung der Gerichtsverfahren und zu einer Verlagerung des Justizpersonals in die fünf neuen Bundesländer.

B. Die Strafverteidigervereinigungen lehnen dieses Gesetzesvorhaben mit Nachdruck ab.

Unter dem Vorwand, finanzielle und personelle Ressourcen zum Aufbau einer funktionierenden Strafrechtspflege in den fünf neuen Bundesländern freizusetzen, präsentieren die Justizminister und -senatoren Veränderungsvorschläge für die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz, die seit mehr als 15 Jahren zu völlig unterschiedlichen

Anlässen jeweils neu mobilisiert werden, um staatsautoritäre Vorstellungen zur Änderung des rechtsstaatlichen Strafverfahrens zu verwirklichen.

Sämtliche Änderungsvorschläge gehen ausschließlich zu Lasten der Beschuldigten.

Exemplarisch sei nur darauf hingewiesen, daß die nunmehr auf dem Tisch liegenden Änderungsvorschläge zum Beweisantragsrecht wegen Prozeßverschleppung und verspäteter Antragstellung bereits in den als „Horrorliste“ bezeichneten „Vorschlägen zu gesetzlichen Maßnahmen zur Entlastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften in der Strafgerichtsbarkeit“ vom 1. März 1982 enthalten sind. Zudem sollen nunmehr die bereits im StVAG 1984 vorgesehene, aber wegen rechtsstaatlicher Bedenken abgelehnte Einführung der Zulassungsrevision (BT-Drucksache 10/1313, S. 52ff) sowie die Abschaffung der Sprungrevision Gesetz werden.

Hinter dem Gesetzgebungsvorhaben verbirgt sich das Grundkonzept des Gesetzgebers, den Richter von der Einhaltung der dem Schutz des Beschuldigten dienenden Formvorschriften zu befreien. In diesem Zusammenhang kann die Begründung des Entwurfs, es diene „der Aufklärung und Einwirkung auf den Täter besser, wenn das erste Verfahren in einer mehr als entspannten und formloseren Atmosphäre stattfindet“, nur als zynisch bezeichnet werden.

Naheliegende, sinnvolle Vorschläge, die eine Verfahrensvereinfachung und Arbeitsentlastung der Strafjustiz zur Folge haben können, ohne sich gegen den Beschuldigten zu richten, z.B. die Nichtanfechtbarkeit des Freispruchs und der Haftentlassung des Beschuldigten bzw. Entkriminalisierung im Bereich des Kern- und Nebenstrafrechts, werden an keiner Stelle des Entwurfs auch nur angedacht.

Die ganze Tragweite dieses Angriffs auf die Grundfesten eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens wird auch daran deutlich, daß der Bundesrat zeitgleich ein Gesetz zur „Bekämpfung der Organisierten Kriminalität“ beschlossen hat, welches die Befugnisse der Polizei zu Lasten des Beschuldigten und Dritter im Ermittlungsverfahren u.a. durch die Legalisierung von Lauschangriffen, Rasterfahndungen und V-Mann-Einsatz ins Uferlose ausdehnt.

Es spricht dem Gang der Geschichte in den fünf neuen Bundesländern geradezu Hohn, wenn der Aufbau einer rechtsstaatlichen Strafjustiz gerade mit dem Mittel der Demontage rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien des Beschuldigten betrieben wird.

AOK-Benachteiligung befürchtet

Gesundheitswesen im Anschlußgebiet

Immer deutlicher wird, daß der durch den Einigungsvertrag festgesetzte und bis 31. Dezember 1991 unveränderliche Beitragssatz in der Krankenversicherung von 12,8 Prozent in der ehemaligen DDR die Ausgaben der Krankenkassen dort nicht decken können. Die Spitzenverbände der Kassen erwarten ein Defizit zwischen 2 und 2,7 Milliarden DM. Seine Deckung ist völlig ungeklärt, weil die ostdeutschen Kassen über keine Rücklagen verfügen und ein Finanztransfer durch die westlichen Kassen vom Einigungsvertrag untersagt ist.

Der AOK-Bundesverband fordert erstens, die Beitragsbemessungsgrenze in der DDR von derzeit 2250 DM monatlich anzuheben. Denn: „Das durchschnittliche Lohnniveau steigt relativ schnell. Mehr aber noch als das Durchschnittslohnsniveau nimmt die Differenzierung in der Lohn- und Gehaltsentwicklung zu.“ Durch die niedrige Beitragsbemessungsgrenze werden Besserverdienende — zugezogene Westkräfte und ostdeutsche Einigungsgewinner — begünstigt. Zweitens fordern die AOKs einen gesamtdeutschen Ausgleich in der KVdR (Krankenversicherung der Rentner), weil das Ostdefizit in der KVdR besonders hoch sein werde (Verschiebung der Altersstruktur durch Westwan-

derung). Da der KVdR-Ausgleich kassenartenübergreifend erfolgt, würden so die Differenzen zwischen den Kassenarten gemildert.

Daß die Bundesregierung anderes im Sinn hat, zeigen Hinweise des AOK-Bundesverbandes auf „versteckte Überlegungen“, die unterschiedlichen Finanzierungsgebiete alte/neue Bundesländer vorzeitig aufzuheben, dabei aber nur (wie bisher) Finanzausgleiche innerhalb einer Kassenart zuzulassen. Dadurch würde sich bei den Ersatzkassen sofort ein „gesamtdeutscher“ Beitragssatz bilden, wobei sich die Ostbelastung der Westmitglieder in Grenzen halten würde (aufgrund noch geringer Mitgliederzahlen in der DDR).

Bei den regional verfaßten AOKs hingegen ist ein Finanztransfer zwischen den Einzelkassen nur mit Einschränkungen möglich und würde die Versicherten Westdeutschlands erheblich belasten (weil die Ost-AOKs viele Mitglieder und davon viele Arbeitslose, Rentner usw. haben). Eine solche Regelung könne nur der wollen, der „weitere Beitragssatzverwerfungen bewußt in Kauf nehmen will“, schreibt AOK-Bundesgeschäftsführer Oldiges.

Quellenhinweis: DOK 7/1991, S. 233 f. — (wju/AGG)



Eine Verurteilung zur Geldstrafe bis zu 30 Tagessätzen soll im Regelfall überhaupt nicht mehr anfechtbar sein.

Bundestag über „Stasi-Akten“

Umfangreiche Personalakten über die DDR-Bevölkerung sollen beim Staat verbleiben

In den nächsten Monaten soll im Bundestag über die Zukunft der sogenannten „Stasi-Akten“ und über die Archive der Parteien der DDR und ihrer Massenorganisationen entschieden werden. Kernpunkt sämtlicher Pläne und Gesetzesvorhaben ist die Herstellung der zentralstaatlichen Kontrolle über die genannten Akten. Durch Zerlegung der

umfangreichen Parteiarchive, von denen Teile für Jahrzehnte dem Zugriff der Öffentlichkeit entzogen werden sollen, würde die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der DDR verhindert, während ein weiteres Aufbewahren der „Stasi-Akten“ auf Jahre hinaus Material für öffentliche Rufmordkampagnen liefern könnte. — (tob)

Nach Angaben der Abgeordnetengruppe Bündnis 90. Die Grünen sollen in den Archiven des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) 160000 laufende Meter Aktenordner aus vier Jahrzehnten liegen, in denen möglicherweise ein Großteil der DDR-Bevölkerung persönlich irgendwie vorkommt.

Das Bündnis 90/Die Grünen hat einen Gesetzesentwurf zur Behandlung dieser Akten vorgelegt (Bundestagsdrucksache 12/283). Sie fühlen sich als Interessenvertretung der DDR-Bevölkerung, stehen aber diesbezüglich vor einem Dilemma: Einerseits wollen sie eine historische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und eine Rehabilitierung und Entschädigung zu Unrecht Verfolgter. Andererseits sehen sie die Gefahr, daß durch den materiellen Fortbestand der Akten die Persönlichkeitsrechte vieler Menschen verletzt werden. Sie wollen nicht, daß die Ämter für Verfassungsschutz oder die Nachrichtendienste Zugriff auf die Akten erhalten und beantragen andererseits den Aufbau einer Behörde, die ganz ähnlich wie der Verfassungsschutz arbeiten soll.

Die Nutzung der personenbezogenen Daten soll demnach z.B. zulässig sein, wenn es gilt, die offizielle oder inoffizielle Tätigkeit für das MfS festzustellen, und zwar bei Abgeordneten und Regierungsmitgliedern, bei Verfahren zur Einstellung oder Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst oder der privaten Wirtschaft auf Antrag der Personalvertretungen.

Diese Vorstellungen sind inzwischen durch die Einigung von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Grüne vom 25.4.91 (vgl. Dokumentation) „weiterentwickelt“ worden. Inhalt dieser Grundsätze ist, daß personenbezogene Daten über Mitarbeiter und „Begünstigte“ des MfS grundsätzlich allen staatlichen Stellen zugänglich sind und gleichzeitig ein in dieser Hinsicht qualifizierter Mensch praktisch keine rechtsstaatliche Möglichkeit zur Gegenwehr hat. Es gilt nämlich die Auskunft der Behörde.

In den „Grundsätzen“ wird die DDR-Bevölkerung in vier Gruppen zerlegt: Mitarbeiter, Begünstigte, Betroffene und Dritte. Über die Frage, wie man die Zuordnung eines Menschen zu einer dieser Gruppen überprüfen soll, schweigen sich die „Grundsätze“ aus. Dies ist kein Zufall, denn es wird tatsächlich im Einzelfall unmöglich sein. Entweder sind bestimmte Akten nach den Gesetzen der DDR rechtmäßig angelegt worden, dann

wird eine Beteiligung eines Menschen am Zustandekommen solcher Akten rechtlich nicht belangbar sein, außer die bloße Existenz des MfS wäre inzwischen als Verstoß gegen das Völkerrecht festgestellt worden, was nicht der Fall ist. Oder bestimmte Akten sind nach dem Recht der DDR rechtswidrig angelegt worden, dann ist ihr Inhalt komplett nichtssagend und nicht gerichtsverwertbar.

Bei den Akten des MfS handelt es sich offensichtlich um Personalakten über einen großen Teil der DDR-Bevölkerung. Da das betroffene Rechtssubjekt — der Staat DDR — gegenwärtig nicht mehr besteht, müssen die Personalakten gelöscht werden.

Verschiedenste Pressekampagnen, wie etwa die Räuberpistole einer RAF-Stasi-Connection, zielen darauf ab, die Akten des MfS dem Zugriff der Geheimdienste und des Verfassungsschutzes zugänglich zu machen. Dieses Ziel wird von den BRD-Behörden nicht etwa deshalb verfolgt, um wirkliche Informationen zu erhalten, denn Wahrheiten finden sich niemals in Geheimdienstakten. Tat-

sächlich hätte der Zentralstaat mit den Akten des MfS ein gewaltiges Faustpfand in der Hand, um jeden, der nicht zum aktuellen Staatsinteresse paßt, mundtot zu machen. Betrachten wir, wie die Regierung — gestützt auf das Vorhandensein der Akten des MfS, nicht etwa gestützt auf nachweisliche Inhalte dieser Akten — mit ihresgleichen umgegangen ist. Unliebsame CDU-Politiker wie Schnur oder de Maizière wurden auf einem bloßen Verdacht hin gesellschaftlich ruiniert. Nicht in einem ordentlichen Gerichtsverfahren, sondern einfach durch einen „Spiegel“-Artikel. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, wie die staatlichen Behörden dementsprechend mit wirklicher Opposition umgehen.

Interessant ist auch, wie in der „Stasi-Diskussion“ mit zweierlei Maß gemessen wird. Während nach breitem Parteikonsens jeder als Betroffener Einsicht in seine MfS-Akten bekommen soll und seine Verfolger namhaft zu machen sind, gilt dies alles für die Akten der BRD-Behörden selbstverständlich nicht. Denn ehrenvoll sei es, für das Va-



Leipzig: Montagsdemonstration. Bild: sta

terland zu spitzeln, aber verwerflich, dasselbe für die DDR getan zu haben. Solche plumpen Denkmuster können nur funktionieren, wenn die wissenschaftliche und historische Bearbeitung der Vergangenheit von BRD und DDR unterdrückt wird und Denk- und Parteienverbote an die Stelle eines politischen Diskurses gesetzt werden können.

Dazu paßt, daß nach einem anderen Gesetzesentwurf der Regierungskoalition große Teile der Archive von DDR-Parteien dem öffentlichen Zugriff für mindestens 30 Jahre entzogen werden sollen, indem sie als Staatsakten in das

Bundesarchiv eingebracht werden. Diesem Gesetzesvorhaben widersetzen sich Bündnis 90/Die Grünen und die PDS/Linke Liste. Die PDS schlägt vor, diese Archive mit anderen Dokumenten über die Geschichte des Sozialismus zusammenzuführen und der öffentlichen Bearbeitung und Diskussion zugänglich zu halten. Dies wäre zu unterstützen. Gleichzeitig sollten sich die Abgeordneten des Bündnis 90/Die Grünen ein umweltverträgliches Verfahren zur Vernichtung der MfS-Akten überlegen, statt in Illusionen über den Charakter von BRD-Behörden zu schwelgen.

Abgeordneter Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS) zur Behandlung der Stasi-Akten

Als Redner für die PDS/Linke Liste hat der Abgeordnete Heuer am 18.4.1991 im Bundestag u.a. folgendes zu verschiedenen Anträgen anderer Parteien ausgeführt:

Die Abgeordnetengruppe der PDS/Linke Liste unterstützt das Anliegen des Antrags 12/283 (Antrag von Bündnis 90/Grüne, d. V.). Es geht um zweierlei: erstens darum, Unrecht wiedergutzumachen, und zweitens darum, die Tätigkeit des MfS wissenschaftlich-politisch aufzuarbeiten.

Erstens: Beim Unrecht geht es um die Aufarbeitung der Geheimdienstexzesse gegen oppositionelle Kräfte, um unrechtmäßiges Abhören, rechtswidrige Inhaftierung und Mißhandlung von Inhaftierten. Wir verurteilen ganz entschieden dieses und anderes Unrecht. Wo sich Mitarbeiter des MfS schuldig gemacht haben, ist Sühne erforderlich. Ausgangspunkt für die Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht kann dabei nur das Recht der Ex-DDR sein. Die DDR war von der UNO als vollwertiges Mitglied anerkannt und kein von Aufständischen vorübergehend besetztes Territorium des Deutschen Reiches, in

dem eigentlich das Recht der alten Bundesrepublik galt. Man darf auch weder die Verstrickung in den Kalten Krieg noch den Umstand außer acht lassen, daß das MfS wie der Staat der DDR überhaupt ohne den Einsatz von Waffengewalt und ohne Blutvergießen abgetreten ist. Die notwendige juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS kann nicht darin bestehen, durch Bundestagsbeschluß ein Pauschalurteil vorzugeben, das jede weitere Aufarbeitung eigentlich überflüssig macht. Man sollte mit Begriffen, die in der Rechtsgeschichte und Rechtspraxis einen bestimmten Sinn haben, sorgsamer umgehen. Ich meine die Formulierung im Antrag, das MfS sei eine verbrecherische Organisation. Der Begriff der verbrecherischen Organisation ist nun einmal in den Art. 6 und 9 der Satzung des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg und im Urteil selbst eindeutig definiert und an den Zweck der Verbrechen gegen den Frieden, Ausrottung, Versklavung, Deportation gebunden.

Zweitens: Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der DDR und damit auch der Geschichte des MfS ist unzweifelhaft ein dringendes Bedürfnis;

gerade wir sehen unsere Pflicht darin. Die Debatte über diesen Komplex entbehrt allerdings nicht eines Zuges der Unaufrichtigkeit, solange die Geschichte seit 1945 nur als Geschichte eines deutschen Geheimdienstes behandelt wird. Der Kalte Krieg in Deutschland war eine Auseinandersetzung zweier Staaten und auch zweier Geheimdienste. Geheimdienste — auch das zeigen die Erfahrungen beider deutschen Staaten in den letzten 41 Jahren — gehören nun einmal zu den unangenehmsten Seiten des Staates. Als Apparate zur Bespitzelung der Bürger und zur Unterwanderung politischer Organisationen sind sie auch in der parlamentarischen Demokratie etwas Kontrademokratisches. Bedenklich erscheint uns, daß es gar nicht mehr darum geht, ob jemand als Mitarbeiter oder Informant des MfS Menschenrechtsverletzungen begangen oder befördert hat. Seine tatsächliche oder angebliche Arbeit für das MfS reicht aus, um ihn in die Arbeitslosigkeit und das gesellschaftliche Abseits zu drängen. Dutzende von Selbstmorden waren bereits die Folge.

(Gerhard Reddemann (CDU/CSU): Lauter harmlose Leute! — Weiterer Zu-

ruf von der CDU/CSU: Diese Fürsorge!)

Nichts ist gefährlicher, als wenn, wie gerade jetzt, politische Ziele wie das der Resozialisierung der Angehörigen des MfS unter den Druck von Kampagnen der Sensationspresse geraten. Da werden vage Vermutungen als so gut wie gesicherte Tatsachen dargestellt. Es drängt sich die Frage auf: Soll hier gezielt von den sich verschärfenden Konflikten in Ostdeutschland abgelenkt werden?

Sie (gemeint ist der CDU-Abgeordnete Büttner, d. V.) haben eben noch einmal den Vorwurf der verbrecherischen Organisation erhoben. Sie sind sich bewußt, daß diese Feststellung bedeutet, daß die Schuld der Einzelpersonen nicht mehr geprüft wird? — Das steht im Nürnberger Urteil. Sind Sie sich bewußt, daß sich der Ausdruck „verbrecherische Organisation“ auf eine Organisation bezog, die an der Auslösung des Zweiten Weltkrieges teilnahm, die verantwortlich war für die Ermordung von sechs Millionen, den Holocaust? Sind Sie sich bewußt, daß das gleichzusetzen mit dem, was an Unrecht in der DDR geschah, eine Bagatellisierung des Faschismus ist?

Grundsätze für ein Stasi-Unterlagen-Gesetz

Am 25. April 1991 haben sich die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Gruppe Bündnis 90/Die Grünen u.a. über folgende Grundsätze für ein Gesetz zur Behandlung der Stasi-Akten geeinigt:

Zweck des Gesetzes muß es sein,

1. dem einzelnen Zugang zu den vom Staatssicherheitsdienst zu seiner Person gespeicherten Daten zu geben, damit er die Einflußnahme des Staatssicherheitsdienstes auf sein persönliches Schicksal aufklären kann.
2. den einzelnen davor zu schützen, daß er durch den Umgang mit den vom Staatssicherheitsdienst zu seiner Person gespeicherten Daten in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt wird.
3. die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes zu gewährleisten und zu fördern.
4. den Strafverfolgungsbehörden und anderen Stellen die erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen, die sie zur Erfüllung von Aufgaben benötigen; diese Aufgaben sind im Gesetz genau zu benennen.

Zusammenführung der Unterlagen:

1. Die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes sind unter der zentralen Verwaltung des Bundesbeauftragten zusammenzuführen.
2. Soweit sich Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes noch nicht beim Bundesbeauftragten befinden, müssen die Besitzer verpflichtet werden, ihm dies unverzüglich anzuzeigen. Kirchen und Medien sind davon nicht ausgenommen. Verstöße gegen die Anzeigepflicht müssen als Straftat/Ordnungswidrigkeit geahndet werden können.
3. Unterlagen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Tätigkeit der Nachrichtendienste des Bundes, der Länder oder der Verbündeten stehen, müssen erforderlichenfalls an diese herausgegeben werden.

Dies bedarf politischer Entscheidung durch den Bundesminister des Innern und parlamentarischer Kontrolle.

Unterlagen über Betroffene und mit Daten Dritter:

1. Personen, zu denen vom Staatssicherheitsdienst aufgrund zielgerichteter und systematischer Ausspähung, einschließlich heimlicher Informationserhebung, Informationen gesammelt worden sind (Betroffene), sowie Dritte, deren Daten im Rahmen der Ausspähung angefallen sind, haben einen Anspruch auf Zugang zu den über sie gespeicherten Informationen (Auskunft, Einsicht, Herausgabe). Dieses Recht findet seine Grenzen nur in den überwiegenden berechtigten Interessen anderer Betroffener oder Dritter.
2. Durch den Zugang dürfen überwiegende schutzwürdige Interessen anderer Personen nicht beeinträchtigt werden. Die Interessen von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes oder von Personen, die Betroffene in den Unterlagen nachweisbar schriftlich denunziert haben, sind insoweit grundsätzlich nicht schutzwürdig. Daher sind ihre Namen auf Verlangen den Betroffenen bekanntzugeben.

Unterlagen über Mitarbeiter und Begünstigte:

1. Zu den Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes gehören die hauptamtlichen und die inoffiziellen Mitarbeiter.
2. Begünstigte sind Personen, die vom Staatssicherheitsdienst geschützt oder gefördert worden sind.

Verwendung durch die Strafverfolgungsbehörden:

1. Die Strafverfolgungsbehörden sollen Zugang zu den Unterlagen auch über Betroffene und Daten Dritter haben, wenn und soweit dies im Einzelfall erfor-

derlich ist zur Verfolgung von im einzelnen gesetzlich abschließend festzulegenden schweren Straftaten, insbesondere solchen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes. Eine Verwendung zum Nachteil Betroffener oder Dritter ist nicht zulässig.

2. Zu Unterlagen ohne personenbezogene Daten und zu Unterlagen über Stasi-Mitarbeiter und Begünstigte sollen Strafverfolgungsbehörden Zugang zur Verfolgung aller Straftaten haben, soweit dem keine rechtsstaatlichen Verwendungsverbote entgegenstehen.

Verwendung durch die Nachrichtendienste:

1. Nachrichtendienste haben keinen Zugang zu Unterlagen über Betroffene.
2. Die Nachrichtendienste sollen im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages Zugang erhalten zu Unterlagen
 - a) der Hauptverwaltung Aufklärung (Spionage) und der Hauptabteilung II (Spionageabwehr),
 - b) der Hauptabteilung XXII, die den Bereich des Terrorismus betreffen,
 soweit sie überhaupt keine personenbezogenen Daten oder nur personenbezogene Daten über Mitarbeiter und Begünstigte des Staatssicherheitsdienstes enthalten.

Im Gesetzgebungsverfahren ist zu prüfen, ob über diese Fälle hinaus in begründeten Einzelfällen mit Zustimmung des Bundesministers des Innern auch Unterlagen anderer Organisationseinheiten des ehemaligen MfS den Nachrichtendiensten zugänglich gemacht werden können. Dies bedarf auf jeden Fall der parlamentarischen Kontrolle im Einzelfall.

Auch alle anderen öffentlichen oder nicht-öffentlichen Stellen erhalten die Unterlagen auf Grundlage der Bestimmungen dieses Gesetzes und dürfen sie nur

für gesetzlich im einzelnen festgelegte Zwecke verwenden.

Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen:

1. Die Unterlagen werden in einer zentralen Bundesbehörde aufbewahrt, die eine Zentralstelle und Außenstellen in den neuen Bundesländern und Berlin hat.

2. Der Bundesbeauftragte wird auf Vorschlag der Bundesregierung vom Deutschen Bundestag mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder auf die Dauer von 5 Jahren gewählt.

3. Der Bundesbeauftragte ist in Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er untersteht der Rechtsaufsicht der Bundesregierung. Die Dienstaufsicht führt der Bundesminister des Innern.

6. Der Bundesbeauftragte soll die Unterlagen erfassen und verwalten, die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes aufarbeiten durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes und die wissenschaftliche Forschung unterstützen.

7. Es muß gesetzlich festgelegt werden, in welchen Fällen und über welchen Personenkreis der Bundesbeauftragte von sich aus Behörden und andere Stellen über seine Erkenntnisse informieren muß.

Es sind die gesetzlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für eine umfangreiche Aufarbeitung der Unterlagen durch die Forschung, aber auch durch geeignete Einrichtungen der politischen Bildung zu schaffen. Unterlagen über Betroffene und personenbezogene Daten Dritter dürfen grundsätzlich nur mit deren Einwilligung verwendet und veröffentlicht werden. Eine Veröffentlichung personenbezogener Daten ist nur zulässig, wenn es zur Darstellung von Ereignissen der Zeitgeschichte unerlässlich ist und es sich um Daten von Personen der Zeitgeschichte oder Amtsträgern in Ausübung ihres Amtes handelt.

Internationale Umschau



Die 1.-Mai-Demonstrationen in ganz Norwegen waren von Anti-EG-Parolen bestimmt (Bild: Oslo), obwohl dieses Thema nach den Vorstellungen des Gewerkschaftsverbandes LO und der regierenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Ap) nicht zur Debatte stehen durfte. Hauptparole der offiziellen 1.-Mai-Veranstaltungen wurde „Arbeit für alle“. In manchen Städten gab es deshalb eine eigene Anti-EG-Demonstration. So in Voss, wo zum Beispiel das Transparent „Das ist der Zug, der nicht nach Brüssel geht“ getragen wurde. In Ålesund nahmen trotz des Auftritts von Ministerpräsidentin Brundtland weniger Menschen am offiziellen 1. Mai-Zug als am Anti-EG-Zug teil. Dort, wie auch in Trondheim, mobilisierten Bauernorganisationen gegen die Auswirkungen der EG-Politik auf die Landwirtschaft.

Quelle Bild/Text: Klassekämpfe (Norwegen) vom 2.5.91 — (ccs)

DAR Sahara: UNO-Referendum 1992?

Die Bevölkerung der seit 1975 von Marokko wegen ihrer Phosphatreserven besetzten „Demokratischen Arabischen Republik Sahara“ soll nach dem Willen der UNO 1992 mit einem Referendum über ihre Zukunft entscheiden. „Das Selbstbestimmungsrecht des saharischen Volkes ist endgültig anerkannt worden“, beurteilte ein Sprecher der Befreiungsbewegung FPolisario die UNO-Entscheidung. Der UN-Plan sieht die Verringerung der marokkanischen Truppen in der DARS von jetzt 180000 auf 65000 Mann vor. Nach Stationierung von UN-Blauhelmen soll dann das Referendum stattfinden. Marokko hat bislang solch ein Referendum der DARS stets abgelehnt. Zu der jetzigen UN-Entscheidung steht noch eine marokkanische Stellungnahme aus. — (rül)

Große Protestwelle in Südkorea nach Mord an Demonstranten

Seit knapp zwei Wochen finden im ganzen Land viele Demonstrationen mit täglich bis zu hunderttausend Teilnehmern statt. Bei dem massiv gewalttätigen Vorgehen der Polizei dagegen wurden etliche Demonstranten verletzt. In Seoul hätten nach einer zehnstündigen Straßenschlacht 15000 Menschen beinahe eine Polizeistation gestürmt. Grund der Proteste ist der Tod eines Studenten durch schlimme Prügelorgien der Polizei-Spezialeinheiten. Die Demonstranten verlangen den Rücktritt des Präsidenten Roh Tae Woo und die Auflösung der Spezialeinheiten. — (uga)

CSFR: Privatisierungswelle führt zu Ausverkauf

Obwohl ausländische Kapitalisten bei den bisherigen Auktionsrunden über zu privatisierende Kleinbetriebe in der CSFR nicht mitbieten durften, haben sich viele, vor allem deutsche und japanische Interessenten mittels tschechoslowakischer „Strohmannen“ beteiligt. Diese vorgeschobenen Käufer müßten nach dem Erwerb ein Jahr lang als Besitzer auftreten und könnten dann offiziell auch an Ausländer verkaufen. Diesen Ausverkauf kritisierte der Berater des Wirtschaftsministers Klaus.

Wesentlich verstärken wird sich diese Tendenz noch in den nächsten fünf Jahren, für die die Privatisierung von rund 40 bis 80 % der 3000 großen Staatsbetriebe vorgesehen ist (ausgenommen bleiben nur Bergbaubetriebe, Schienenfahrzeughersteller und Energieunternehmen). Deren Gesamtwert wird auf 3000 bis 5000 Mrd. Kronen geschätzt; ihm steht jedoch eine Ersparnisumme in der Bevölkerung von lediglich 35 Mrd. Kronen gegenüber. Auch die jetzt von der Regierung eingeschlagene Richtung, Gutscheine für Aktien dieser Großbetriebe in der Bevölkerung zu streuen, wird angesichts der von ihr betriebenen Reallohnsenkungen und der sich verschlechternden Versorgungslage nicht den Ausverkauf verhindern, weil die große Mehrheit schnell zum Verkauf dieser „Volksaktien“ gezwungen sein wird. — (uga)

Italien: PC-Neugründung für November 1991 geplant

Vom 3. bis 5. 5. 1991 trafen sich in Rom etwa 400 Delegierte der Bewegung für die Neugründung der Kommunistischen Partei (Rifondazione Comunista), die sich anlässlich der Auflösung von PCI und Gründung der Demokratischen Partei der Linken (PDS) gebildet hatte. Etwa 140000 Leute haben sich nach Angaben von Rifondazione bisher angeschlossen. Auf einem Parteitag im nächsten November soll nun offiziell die Neugründung einer kommunistischen Partei (PC) erfolgen. Das Symbol der neuen Partei soll ähnlich wie das ehemalige PCI-Symbol aus Hammer, Sichel, Stern, roter Fahne und der Andeutung der italienischen Trikolore bestehen. Der Kongreß hat Kommissionen eingesetzt, die eine politische Plattform und ein Statut ausarbeiten sollen. Eine Reihe von Tagungen in den kommenden Monaten soll der theoretischen Diskussion, u.a. über die PCI-Geschichte, dienen.

Unterdessen hat der Vorstand von Democrazia Proletaria beschlossen, im Juni einen Kongreß durchzuführen, auf dem die Auflösung von Democrazia Proletaria beschlossen werden soll. Das soll den Mitgliedern von Democrazia Proletaria ermöglichen, sich der Rifondazione anzuschließen. Außerdem hat Democrazia Proletaria den Vorschlag von Rifondazione aufgenommen, die jeweiligen Parlamentarier bzw. Parlamentariergruppen (z.B. in Abgeordnetenkammer oder Europaparlament) zusammenzulegen.

Als aktuelle politische Schwerpunkte, in denen ein Zusammengehen der gesamten linken Opposition gesucht wird, hat Sergio Garavini, der auf dem Kongreß als Koordinator von Rifondazione gewählt wurde, genannt: Widerstand gegen die Pläne des Staatspräsidenten für eine reaktionäre Umgestaltung der italienischen Verfassung, die demokratische Elemente aus der nach dem antifaschistischen Kampf entstandenen Verfassung zugunsten einer Präsidialverfassung aufheben soll. Außerdem soll eine gemeinsame Initiative gegen einschneidende soziale Kürzungen im gerade verkündeten Programm der neuen Regierung Andreotti gestartet werden in den Bereichen Arbeit, Renten, Gesundheitswesen und Wohnungen.

An einer Abschlußkundgebung im Palazzo dello Sport in Rom nahmen aus ganz Italien etwa 20000 teil. — (rok)

Polen: Kirche gegen Referendum über Abtreibungen

Im Vorfeld der für den 16. Mai geplanten Entscheidung des Parlaments Sejm über die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs forciert die katholische Kirche ihre Kampagne für eine Gesetzesverschärfung. Bereits im Herbst verabschiedete der Senat ein Gesetz, das Gefängnisstrafen von bis zu zwei Jahren für Ärzte vorsieht, die eine Abtreibung ohne Vorliegen einer Vergewaltigung oder Lebensgefahr der Schwangeren vornehmen. Eine Gruppe von Abgeordneten fordert nun eine Volksabstimmung; nach Umfragen würde dabei eine deutliche Mehrheit gegen die Verschärfung stimmen. Grund genug für die Kath. Kirche, ein Referendum abzulehnen, da es sich hierbei um Natur- und von Gott gegebenes Recht handele, das Abstimmungen entzogen sei. — (uga)



Madrid: 200000 demonstrierten auf der gemeinsamen Maikundgebung der beiden großen Gewerkschaften UGT und CCOO. Die Gewerkschaftsvorsitzenden kündigten als Kampfziele der nächsten Monate an: Lebens- und Arbeitsbedingungen auf europäischem Niveau zu erreichen, Inflationsausgleich und Steigerung der Löhne. Sie wandten sich gegen „soziales Dumping“, gegen ein von Regierungsseite angedrohtes Gesetz zur Einschränkung von Streiks und gegen Pläne, die Löhne auf den Stand von Taiwan und Korea herabzubringen. Die Sprecher forderten weiter ein fortschrittliches Wohnungsbauprogramm und verbesserte öffentliche Dienste. Die Gewerkschaften USO (Union Sindical Obrera) und CNT (Confederacion Nacional del Trabajo) hielten eigene Kundgebungen ab. — (gba)

Kanada: Eigentum stark gespreizt

58 % der Haushalte haben Wohnungseigentum

Eine Untersuchung des kanadischen statistischen Bundesamts über die Verteilung des Eigentums nach Haushalten hat zu interessanten Ergebnissen geführt. Die Daten beziehen sich auf 1984, wo es 9 Millionen Haushalte in Kanada gab (Gesamtbevölkerung: 25 Millionen). Ein Haushalt besitzt im Durchschnitt Eigentum im Wert von 66400 US-Dollar, wobei aber jeder zweite Haushalt über weniger als 31800\$ verfügt.

Jedoch hatten 8,7 % der Haushalte ein Eigentum von 0 oder weniger (d.h. die Verschuldung überstieg den Besitz), und bei weiteren 18 % belief sich der Besitz auf einen Wert von unter 5000 US-Dollar. Etwas größer ist der Anteil von Haushalten, die ein Eigentum in der Größenordnung von 50000-100000\$ haben (19,5 % aller Haushalte), während sich in der Besitzklasse von mehr als einer halben Million Dollar 1,3 % der Haushalte einfinden.

Nach einer anderen Betrachtungsweise fallen die kanadischen Haushalte in zwei Gruppen: Besitzer und Nichtbesitzer von Wohnungseigentum. 58 % besitzen die Räumlichkeiten, die sie bewohnen. 42 % tun dies nicht. Die Besitzer haben ein durchschnittliches Haushaltseigentum von 103200\$, die Nichtbesitzer nur eines von 14700\$. Diese Durchschnittswerte beinhalten wiederum eine starke Spreizung. Das zeigt sich daran, daß die Hälfte aller Wohnungseigentümer ins-

gesamt nur Eigentum im Wert von 65000\$ besitzt, die Hälfte aller Nichtbesitzer sogar nur 3500\$.

Von dem gesamten privaten Eigentum fallen 39 % auf das Wohnungseigentum, 7 % auf weiteren Grundbesitz, 5 % auf Kraftfahrzeuge, 24 % sind in Unternehmen angelegt, und die restlichen 25 % sind in Geldmitteln angelegt — Ersparnisse, Aktien usw.

Betrachtet man die Verteilung des Eigentums nach Alter der Haushaltsvorstände, so sind 31 % unter 35 Jahre alt, verfügen über 14 % des gesamten Vermögens, haben ein mittleres Vermögen von 28900\$, wobei die eine Hälfte von ihnen weniger als 8400\$ Eigentum hat. Bei den über 65-jährigen (18 % aller Haushaltsvorstände) sind 19 % des Vermögens versammelt, durchschnittlich 70800\$, wobei die eine Hälfte weniger als 42100\$ besitzt.

Die relativ kleinste Gruppe sind die Haushaltungen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren (15 %), die 24 % des Eigentums in Händen haben, und zwar durchschnittlich 104100\$.

Die entscheidenden Variablen bei der Beurteilung des privaten Vermögens wären demnach Alter und Hausbesitz. Eine Unterscheidung nach Geschlecht wurde bei diesem Datenmaterial nicht getroffen.

Quelle: Canadian Economic Observer, April 1990 — (mif)

USA: Gewerkschafts-Widerstand

US-Arbeiter protestierten vor BHF-Bank in New York

Im April verteilten Arbeiter aus dem Ohio River Valley, West Virginia Flugblätter in New York City, u.a. auch vor der dortigen BHF-Bank. Bis letzten November waren die Flugblattverteiler Teil der 1700-köpfigen Gewerkschaft der Ravenswood Aluminium Corporation. Zu diesem Zeitpunkt wurden alle Arbeiter ausgeschlossen, da sie gewerkschaftlich organisiert sind, ihr Vertrag aber ausgelaufen war. Schon Monate zuvor war ein Stacheldrahtzaun um das Werk gezogen und mit der Suche nach Streikbrechern begonnen worden. Bewaffnete Privatpolizei patrouilliert nunmehr um das Werk, und die kleine Stadt Ravenswood gleicht einem bewaffneten Lager, denn auch die örtliche Polizei wird eingesetzt, um jegliche Protestaktion in der Stadt zu verhindern.

Die Arbeiter in Ravenswood, West Virginia, sind Opfer eines Aufkaufs der ursprünglichen Firma durch eine Firma Clarendon, deren Hauptgeschäft der internationale Metallhandel ist. Die deutsche BHF-Bank verleiht Geld an diese Clarendon Firma und an einen weiteren Besitzer der Ravenswood Aluminium

Corporation. Mit dem Verteilen der Protestflugblätter in New York wollen die Arbeiter und ihre Gewerkschaft auf die willkürliche Aussperrung und ihren Kampf dagegen aufmerksam machen.

Immer mehr europäische Konzerne sehen die USA als sicheren Platz für Investitionen an, weil die Arbeitsgesetzgebung lasch ist. Sie können sich dabei auf eine Gerichtsentscheidung des obersten Gerichtshofes von 1938 berufen, die zwar verbietet, streikende Arbeiter zu entlassen, es aber okay findet, permanenten Ersatz einzustellen. Erst kürzlich hat der AFI-CIO (US-Gewerkschaftsdachverband) eine Gewerkschaftsschulung zum Kampf gegen diese Machenschaften durchgeführt. Auch ist es der Gewerkschaft gelungen, einen Gesetzesentwurf im Kongreß zu initiieren, der zumindest die permanente Einstellung von Streikbrechern verbieten würde. Im Repräsentantenhaus hat der Entwurf die Unterstützung von 207 und im Senat von 31 Abgeordneten. Das ist immer noch weit unter der Hälfte aller Abgeordneten. In manchen Einzelstaaten liegen ähnliche Gesetzesentwürfe vor. — (her, grr)

Regierung kontrolliert Bergbau

Zimbabwe versucht, Monopole zu verhindern

Die Bergbau- und Minenindustrie ist die einzige Branche in Zimbabwe, die in den zehn Jahren der Unabhängigkeit nicht gewachsen ist, sondern von Produktion und Beschäftigung ungefähr gleich geblieben ist. Dies liegt weitgehend an den Maßnahmen, die die Regierung ergriffen hat, um die Tätigkeit der großen Bergbaumonopole im Land zu beschränken. Der US-amerikanische Konzern Union Carbide und Firmen, die zum britischen Lonrho-Konzern gehören, sind die Haupteigner der Gold-, Chrom-, Kohle-, Diamanten- und Platin-Bergwerke. Für Bergbauprodukte gilt ein strenges staatliches Außenhandelsmonopol. Das heißt nicht, daß die Konzerne zuerst an den Staat verkaufen müssen, aber jeglicher Export muß genehmigt werden. So kontrolliert die Regierung zum einen die tatsächlichen Einnahmen und wacht darüber, daß tatsächlich nur die Hälfte der im Land erwirtschafteten Gewinne in die Heimatländer der Konzerne zurückgehen, die andere Hälfte der Gewinne im Lande bleibt und wieder investiert wird. Zum anderen versucht die Regierung, über das Außenhandelsmonopol zu verhindern, daß ein Bergbau-Rohstoff allein den Hauptanteil an den Exportgütern erringt und Zimbabwe so in eine vollständige Abhängigkeit von

der Preisentwicklung für ein Produkt auf dem Weltmarkt gerät.

An diesen Grundsätzen hält die Regierung auch gegenüber großen Monopolen fest. Der weltgrößte Diamanten-Konzern, der britisch-südafrikanische De Beers-Konzern, hat versucht, die Bergbaumonopole für ein Diamantenfeld in Zimbabwe zu erlangen. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Regierung zum einen an ihrem Außenhandelsmonopol festhielt und zum anderen einen Vertrag mit dem Konzern abschließen wollte, der sicherstellte, daß die Verarbeitung der Diamanten in Land geschah, also alle Steine, die nicht als Rohdiamanten verkauft werden sollten, in Zimbabwe geschliffen werden müßten. Nun verhandelt die Regierung mit einem kleinen australischen Diamanten- und Goldkonzern.

Mit Namibia verhandelt die Regierung zur Zeit über einen Tauschhandel Kohle gegen Salz. Die Kohle aus Zimbabwe soll direkt an die Kupfermine Tsumeb geliefert werden, die bisher mit Kohle aus Südafrika betrieben wurde. Etwa ein Viertel der Kohleproduktion Zimbabwes soll dafür verwandt werden. Als Gegenleistung liefert Namibia Salz.

Quellenhinweis: SouthScan 14.12.90, Fin. Times, 15.1.91; Afr. Business, 12.90 — (mif)

Am 20.4. hat die Europavertretung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) eine Erklärung gegen die sogenannten „Schutzzonen“ für Kurden im irakischen Südkurdistan veröffentlicht, in der wir im folgenden Auszüge dokumentieren. Die vollständige Erklärung im „Kurdistan-Rundbrief“ Nr. 10/91 in der auf dieser Seite angezeigten Broschüre abgedruckt. — (mil)

Wandeln wir die „Sicherheitszone“ in eine Widerstandszone! Bringen wir die gegen unsere Revolution gerichteten Komplote zum Scheitern! Die Geschichte des Volkes Kurdistans ist an einem Wendepunkt angelangt. Wir erleben eine Phase, in der das Volk zum ersten Mal in unserer Geschichte seiner Befreiung so nah ist. Aber aus diesem Grund sind wir auch mit den größten Massakern und Komplotten unserer Geschichte bedroht.

Nach dem „Ende“ des Golfkrieges zeigt sich, daß der Krieg neue Dimensionen angenommen hat. Süd-Kurdistan hat einen Volksaufstand erlebt. Diese Volksbewegung, die ohne die notwendige Organisation und Führung begann, hat ihren Führungen und den imperialistischen Kräften, die sie überwältigten, eine Rechnung aufgemacht, und weil sie mit der Rechnung der Imperialisten und Kolonialisten im Widerspruch stand, wurde ihr eine Niederlage beigebracht. Die USA haben Saddam ihre Zustimmung zum Angriff gegeben, da die Zerschlagung dieser Volksbewegung ihren eigenen Interessen entgegenkommt, und haben mit dieser Politik auch die Massaker selbst vorbereitet. Saddam ist ohnehin in die Ecke gedrängt, angeschlagen worden, und indem der Eindruck erweckt wurde, die Aufstände unter der Hand zu unterstützen, sind sie angeheizt und er damit bedroht worden. Dann entstand mit der Gefahr, daß die Aufstände vollkommen außer Kontrolle geraten und zu einer Revolution werden können, das Problem, die Aufstände niederzuschlagen. Schließlich gingen die USA den „Lösungs“weg, der zu ihrer blutigen Geschichte paßt, und benutzten für dieses Ziel diesmal die faschistische Saddam-Diktatur. Am Ende zeigten sie die Unverschämtheit, die Maske des „Retters und Beschützers“ des dem brutalen Angriff der Saddam-Kräfte ausgesetzten zivilen Volkes aufzusetzen. Auf diese Weise haben sie zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

Diese Politik ist eine Politik, die auch den Interessen des kolonialistischen türkischen Staates entspricht. Der kolonialistische türkische Staat hat sowieso offen verkündet, daß er wegen der großen Angst, die er vor der sich entwickelnden kurdischen Volksbewegung und hauptsächlich auch vor dem sich steigernden nationalen Unabhängigkeitskampf in Nordwest-Kurdistan, das sich unter seiner Herrschaft befindet, hat, die Militärkraft der USA in seiner Nähe sehen will.

Nach der Zerschlagung des Volksaufstandes in Südkurdistan und den schweren Bedingungen, unter denen das in die Berge geflüchtete Volk lebt, zeigten sich die gemeinsamen Pläne und Berechnungen der USA und der türkischen Kolonialisten gegen die Revolution Kurdistans in aller Deutlichkeit.

Die Türkei brachte den Vorschlag auf, entlang der Grenzlinie einen „Sicherheitsgürtel“ zu schaffen. Auf diesen folgte der „Sicherheitszonen“-Plan der USA. Diesem Plan zufolge soll das vor den Angriffen Saddams fliehende zivile Volk angeblich unter Schutz genommen werden, und diesen Schutz würden die US-Soldaten übernehmen. Aber das ist eine niederträchtige Täuschung, eine große Lüge.

Wir stehen vor einem großen Komplott. Dieses Komplott spielt direkt mit dem Leben und der gesamten Zukunft eines Volkes. Die Pläne zielen im Grunde darauf ab, die sich in Nordwest-Kurdistan entwickelnde nationalbefreiende Revolution zu ersticken.

Ohne Zweifel benötigt unser südkurdisches Volk heute in dieser schweren Lage alles, von Lebensmitteln angefangen bis zu Kleidung und Unterkünften, und die ganze Welt, vor allem auch die Vereinten Nationen, muß sich gefordert fühlen, dafür aufzukommen. Das ist weder ein Almosen noch eine Gegenleistung. Und auf gar keinen Fall kann das als Gegenleistung für das Vorenthalten der Freiheit eines Volkes betrachtet werden. Wenn das so gesehen wird, dann ist das, was hier verbreitet wird, ein noch viel heimtückischeres und größeres Massaker. Denn von einem Volk, dessen Freiheit ermordet worden ist, bleibt nichts übrig, nicht einmal die Identität dieses Volkes.

Es ist wichtig, den von den USA und der TR aufgetragenen „Sicherheitszonen“-Plan, dem viele andere Kräfte ihre Zustimmung und Unterstützung geben, genau vor dieser Realität zu betrachten.

Zu was wird eine „Sicherheitszone“ dienen? Wie in den Erklärungen dazu auch erkennbar ist, wird das zivile Volk wie im Westjordan und im Gaza-Streifen in mit Stacheldraht umzäunten Lagern eingepfercht werden, wird zu einem von der Produktion abgetrennten Leben von Gefangenen... verurteilt und dem inneren Verfall preisgegeben werden. Es wird versucht werden, diese Lager zu einem Hort der Hoffungslosigkeit... zu machen. Es ist beabsichtigt, eine große Masse von Menschen zu schaffen, die sogar in ihrer materiellen Lebensgrund-

lage von äußerer Hilfe abhängig sind, deren Organisation verhindert und die tagtäglich unter der Kontrolle ausländischer Militärs gehalten werden, mit dem Resultat, daß diese dann gegen ihre eigenen Interessen und ihre eigene Sache aufgebracht werden. Natürlich wird diese „Pufferzone“ auch im physischen Sinne als Puffer benutzt werden, indem sie zu einem physischen Hindernis zwischen dem Nord- und dem Südkurdistan gemacht wird. Diese Pläne, die auf die Liquidierung des bewaffneten Volkswiderstandes und im weiteren Sinne gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans gerichtet sind, zielen darauf ab, den zur Unabhängigkeit führenden Aufbruch des kurdischen Volkes mit seiner modernen Avantgarde zu zerschlagen und seinen Weg zu blockieren.

Nachdem die ihre Nahrung aus dem stammesfeudalen Nationalismus beziehende ausgebrannte Kollaboration ihre eigene Existenz nicht in den wahren Interessen und der Zukunft des Volkes sieht, ist sie mit diesem Plan schon lange einverstanden und klammert sich an ihn. Die Haltung der diese Linie von Anfang an vertretenden KDP, bei der eine zunehmende negativere Entwicklung zu beobachten ist, ist das deutlichste Beispiel dafür. Es ist klar, daß diese Politik ihre Vertreter nur zu Feinden des eigenen Volkes macht.

Gleichzeitig wird auch in den Gefängnissen eine ähnliche Politik gegenüber den Revolutionären verfolgt; auch hier sollen die revolutionären Gefangenen als Gegenleistung für ihre Freiheit dem Staat gegenüber „Dankbarkeit“ zeigen und es wird versucht, sie gegen die Revolution einzusetzen. Es ist beabsichtigt, die revolutionären Gefangenen, deren politische Identität und darüber hinaus auch deren Menschenwürde durch jahrelange schwere Folter angegriffen worden ist, jetzt mit der Methode der Freilassung mit Auflagen von ihrer eigenen politischen Identität abzubringen. Es ist also beabsichtigt, das, was durch Gewalt und Folter nicht erreicht werden konnte, jetzt unter dem Namen „Freilassung“ zu erreichen.

Diese Politik vermittelt dem aufständischen Volk und den Widerstand leistenden Revolutionären folgendes: „Euer Leben ist an die Bedingung der Aufgabe Eurer politischen Ziele und Eures Kampfes gebunden.“ Wenn sie sich dem beugen, also wenn sie ihr Freiheitsideal und ihren Kampf aufgeben, und nur dann, wird ihnen ein physisches Lebensrecht zugestanden. Es ist klar, daß dies sowohl für ein Volk als auch für einen

Revolutionär, der die Bezeichnung Vorkämpfer für die Sache der Freiheit trägt, der schlimmste Tod, die niederträchtigste Alternative ist.

Diese heimtückische Politik, die gegen den Guerillakampf und gegen den Volkswiderstand zielt, soll, obwohl sie die Vernichtung der Realität unseres Volkes und die Verbreitung des Todes ist, als „Schritt zur Demokratie“ und „Hilfe für das kurdische Volk“ dargestellt werden.

Wenn dieser Schlag auch tatsächlich an unserem Volk praktiziert wird, so ist er doch in Wahrheit ein Schlag gegen alle Völker der Region, vor allem auch gegen das Volk der Türkei. Den Völkern der Region, die die Freiheit für den Mittleren Osten suchen, soll wieder einmal die Tür vor der Nase zugeschlagen werden.

Es ist die gemeinsame Verantwortung und Pflicht aller Widerstandskräfte, die Versuche der imperialistischen und kolonialistischen Kräfte, ihre eigene Ausweglosigkeit und ihr Ende in das Ende unserer Völker und ihrer Revolutionen zu verkehren, zum Scheitern zu bringen. In dieser Hinsicht ist unser Aufruf ein Aufruf an alle kurdischen Widerstands-

kräfte, an die revolutionären und demokratischen Kräfte der Türkei, an die fortschrittlichen und Widerstandskräfte der Region und an die gesamte fortschrittliche Menschheit der Welt. Unsere Aufgabe ist, die gemeinsamen Pläne des US-Imperialismus und des türkischen Kolonialismus zum Scheitern zu bringen und die Werte der Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit zu verteidigen.

Unser Volk hat mit dem unter der Führung der PKK, ERNK und ARGK entwickelten nationalen Befreiungskampf Kurdistans jetzt die Stärke und Fähigkeit, jede Art von Komplotten und Angriffen zum Scheitern zu bringen. In diesem Sinne haben wir keine Zweifel. Wir wissen, an was für einem Wendepunkt wir uns als Volk befinden. Wir haben überhaupt nichts zu verlieren. Für uns wird die Ergänzung der türkischen Kolonialarmee durch die US-Soldaten nicht viel ändern. Kurdistan mit unserem entschlossenen Widerstand und dem noch stärkeren Zusammenschluß unserer Widerstandskräfte in einen Hort der Revolution des Mittleren Ostens zu verwandeln, ist unsere einzige Lebenschance für die Zukunft und eine Notwendigkeit unserer Verbundenheit mit den Werten der Menschheit.

* Kein Komplott wird die Unabhängigkeit und Freiheit Kurdistans verhindern können!

* Das Widerstand leistende Volk Kurdistans wird siegen!

* Es lebe unser nationaler Befreiungskampf!

* Es lebe die PKK, ERNK und ARGK!

— (20. April 1991, PKK-Europavertretung)

Neuerscheinung

Kurdistan vor und nach dem Golfkrieg

Herausgegeben vom Kurdistan-Report
Mit Dokumenten von ERNK und PKK

Die Broschüre enthält alle wichtigen Dokumente und Stellungnahmen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) vor, während und nach dem Golfkrieg sowie zwei Aufsätze zu den Hintergründen des Konflikts.

48 Seiten DIN-A-5, Preis: 3,00 DM. Zu beziehen über GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1.

Gemeinsames Kommuniqué von ANC und PAC

Ergebnis der gemeinsamen Versammlung in Harare am 15./16. April 1991

Auf dem obigen Treffen berieten die beiden großen Befreiungsorganisationen in Südafrika/Azania, der African National Congress (ANC) und der Pan Africanist Congress (PAC), über die Errichtung einer patriotischen Front mit allen Kräften, die das Land von Rassismus und Unterdrückung befreien wollen. Alle beteiligten Organisationen sollen in dieser Front ihre Eigenständigkeit bewahren können. Nach Beendigung des Treffens bezeichneten ANC und PAC die Versammlung in Harare als „herausragenden Erfolg“. Wir veröffentlichen im folgenden das gemeinsame Kommuniqué sowie einen Pressebericht, übersetzt vom Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika). Hamburg. — (bab)

Gemeinsames Kommuniqué

Das historische Zwei-Tage-Treffen der vereinigten nationalen Führungsausschüsse (National Executive Committees, NEC's) des African National Congress of South Africa und des Pan Africanist Congress of Azania wurde vom 15. bis 16. April 1991 in Harare/Zimbabwe abgehalten.

Die Tagesordnung beinhaltete eine Einschätzung der gegenwärtigen Situation, die beispiellose Eskalation der Gewalt in unserem Land, die verfassunggebende Versammlung, Sanktionen, die vorläufige Regierung, die Patri-

otische Konferenz, die Multi-Parteien-Konferenz und die All-Parteien-Konferenz. Die Hauptstoßrichtung des Treffens war die Bahnung des Weges für die frühzeitige Einrichtung einer Patriotischen Front in Verfolgung der von beiden Organisationen auf ihren nationalen Konferenzen verabschiedeten Resolutionen.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß der Hauptinhalt der gegenwärtigen Phase des Kampfes der sofortige Übergang der demokratischen Macht an die Mehrheit sei. Weiterhin gab es Übereinstimmung darüber, daß es lebenswichtig für alle Kräfte ist, die diese Sache unterstützen, sich zu diesem Zweck zusammenzuschließen.

Die Teilnehmer diskutierten tiefgreifend die gegenwärtige Gewalt und kamen zu dem Schluß, daß die ursächliche Quelle der Gewalt vom Apartheidsystem und -regime ausgeht, weil es spezielle Gegenauführer-Einheiten (counter-insurgency units) beschäftigt wie C.C.B., Koovet, Buffalo Battalion 32, die Askaris, die Z. Squad und andere, um die Nationalen Befreiungsbewegungen und andere demokratische Aktivitäten zu unterdrücken und zu terrorisieren.

Beide Seiten sprachen sich für eine ehrliche Auflösung der C.C.B. und anderer Todesschwadronen aus.

Außerdem wurde entschieden, daß sich die Organisationen der Unterdrück-

ten als solche zu erkennen geben sollen, indem sie schnellstens solche unter ihren Mitgliedern isolieren, die sich herausnehmen, Unterstützer anderer politischer Organisationen zu attackieren. In diesem Zusammenhang sollten alle Organisationen eine Kultur politischer Toleranz und demokratischer Praxis fördern und entwickeln und davon absehen, Alleinvertragsansprüche geltend zu machen.

Die gemeinsame Versammlung erklärte, daß eine verfassunggebende Versammlung das einzige Instrument ist, durch das unsere Gesellschaft wirklich demokratisiert werden kann. Die Versammlung wies folgerichtig die Multi-Parteien-Formel zurück, die das Regime statt einer verfassunggebenden Versammlung durchsetzen will.

Es wurde weiterhin beschlossen, daß es keine Vereinbarung über die Art und Weise der verfassunggebenden Versammlung geben wird, bis das Regime den Forderungen nach Freilassung aller politischen Gefangenen und der Rückkehr aller Exilierten nachkommt und alle anderen Vorbedingungen der UN-Resolution von 1989 erfüllt hat.

Die Versammlung beschloß, eine Konferenz der Patriotischen Kräfte ins Leben zu rufen, um vordringlich die Unterdrückten zu vereinen. Alle Vertreter von Organisationen und Verbänden, die eine verfassunggebende Versammlung unterstützen, sollten sich zu dieser Kon-

ferenz zusammenschließen. Gleichzeitig beschlossen ANC und PAC, auch an solche Gruppen heranzutreten, die sich bisher noch nicht für eine verfassunggebende Versammlung ausgesprochen haben, mit dem Ziel, diesen Gruppen Mut zu machen, sich an der Konferenz der patriotischen Kräfte zu beteiligen. Diese soll im August 1991 in Cape Town stattfinden.

Die Versammlung setzte gemeinsame Verbindungsgremien ein, um diese und andere Entscheidungen auszuführen. Ein spezielles gemeinsames „Unterkomitee Sanktionen“ wurde ernannt.

Das Treffen war ein hervorragender Erfolg und, mit den Schlußworten der beiden Leiter, es „übertraf unsere größten Erwartungen“.

Herausgegeben von: The Department of Information and Publicity, 109 Palace House, 1-5 Albert Road, Salt River, Cape Town 7925. Tel. No.: (021) 4171-642, Fax No.: (021) 4787-45.

Pressebericht

„PAC und ANC wollen den anderen Befreiungsorganisationen nicht die Bedingungen der geplanten ‚Patriotischen Front‘ vorschreiben.“

Nach Rückkehr von der zweitägigen gemeinsamen Versammlung in Harare wiesen Sprecher der beiden Organisationen Behauptungen zurück, sie wollten die Hauptrolle in der künftigen ‚Patriotischen Front‘ der Befreiungsbewegungen spielen.

Sie erklärten, daß alle Organisationen, die gewissen spezifischen Grundsätzen folgten, gleiche Vertretungsrechte haben sollten.

Der ANC-Informationsschef, Dr. Pallo Jordan, und der PAC-Sekretär für Öffentlichkeit, Barney Desai, informierten die Journalisten auf dem Jan Smuts Flughafen.

Auf Nachfrage, warum Azapo nicht zu den gemeinsamen Gesprächen eingeladen worden sei, antworteten die Sprecher, daß die Konferenz durchgeführt wurde aufgrund der Beschlüsse des PAC-Kongresses und des ANC-Kongresses über die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens.

Der zweite stellvertretende Präsident des PAC, Mr. Dikgang Moseneke, erklärte, ein Treffen mit Azapo sei bereits vereinbart. Dies entspräche auch der Resolution des PAC-Kongresses.

Alle Organisationen, die eine verfassunggebende Versammlung fordern, sind zur Teilnahme an der Gründungskonferenz der ‚Patriotischen Front‘ im August in Cape Town aufgerufen. Die Konferenz soll eine neue Verfassung für Südafrika ausarbeiten.

Desai sagte, die Versammlung in Harare habe den ANC-Direktor für auswärtige Angelegenheiten, Mr. Thabe Mbeki, und den außenpolitischen Sprecher des PAC, Mr. Gora Ebrahim, beauftragt, eigens zum Thema Sanktionen ein Komitee einzuberufen. Die Mitglieder des Komitees müssen noch bestimmt werden.

In einer weiteren Resolution verurteilten die beiden Organisationen die Entscheidung der Europäischen Gemeinschaft, die Sanktionen gegen Südafrika aufzuheben.“ (aus: Sowetan, 18.4.1991)

Leipzig — Aktionsprogramm des PDS-Stadtverbandes

Mit konkreten Aktionsprogrammen für den eigenen Bereich tragen die Basisorganisationen zur Programmdiskussion in der PDS bei

Leipzig. Auf der 2. Tagung der Stadtdelegiertenkonferenz der PDS in Leipzig liegt den Delegierten unter anderem der Entwurf für ein Aktionsprogramm zur Beschlußfassung vor. Kollektiv erarbeitet und seit Ende April in den Basisorganisationen zur Diskussion gestellt, soll er den Genossen helfen, Ziel und Richtung der Politik der PDS auch in Vorbereitung der 2. Tagung des 2.

Parteitag der PDS im Juni in Berlin mitzubestimmen. Zum Stadtverband Leipzig der PDS gehören gegenwärtig ca. 7000 Mitglieder. Die früheren acht Stadtbezirksorganisationen, von denen einmal eine soviel Mitglieder hatte, wie heute der gesamte Stadtverband, haben sich aufgelöst. Die Basisorganisationen haben sich meist zu Ortsverbänden, die den traditionellen Stadttei-

len entsprechen, zusammengeschlossen. Oberstes Organ des Stadtverbandes ist die Stadtdelegiertenkonferenz. Aktionsprogramme, besonders zur kommunalen Arbeit, wurden bereits von mehreren Gliederungen der PDS erstellt. Nachfolgend wird der Entwurf des Leipziger Aktionsprogrammes in Auszügen dokumentiert. — (sta)

Für inneren und äußeren Frieden! Gegen Arbeitslosigkeit und sozialen Notstand!

Entwurf des Aktionsprogrammes der Leipziger PDS

Vergessen sind die Wahlen. Aber nicht die Versprechungen vom raschen Aufschwung, dem Wohlstand für alle, der schnellen Angleichung der Lebensverhältnisse durch die D-Mark. All das war kein Irrtum, sondern ein gelungener politischer Coup. Jetzt stehen Betriebe und die Stadt selbst vor dem Ruin. Von Kurzarbeit, Vorruhestand, Warteschleife oder Arbeitslosigkeit ist inzwischen fast jede Leipziger Familie betroffen. Verzweiflung, Angst und Unsicherheit finden schon ihre Opfer. Und die eigentlichen Verlierer des Herbstes 89 — das sind die Bürgerbewegungen, die engagierten Christen, die vielen mutigen Menschen, die damals auf die Straße gingen. Das sind auch jene, die damals aus ihrer ehrlichen sozialistischen Haltung heraus an ihrer Partei verzweifeln.

Diesem wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Niedergang ist Einheit zu gebieten. Wir wollen es nicht länger hinnehmen, von jenen oben drein noch verhöhnt zu werden, die sich an unserer Arbeit der vergangenen vierzig Jahre bereichern. Wenn dieses neue Deutschland schon in einer überstürzten Aktion zustande gebracht wurde, dann heißt dies noch lange nicht, daß damit die Forderungen nach demokratischer Erneuerung, den Rechten der arbeitenden Menschen und einer neuen humanistischen Kultur des Umgangs miteinander im Interesse des Reichtums weniger geopfert werden müssen.

Wir sind eine linke Oppositionspartei, die sich zunehmend und engagiert für die Interessen der arbeitenden Menschen und der sozial Schwachen einsetzt. Gerade deshalb sind wir keine Partei von Aussteigern. Aber unser Engagement in dieser Gesellschaft ist ein antikapitalistisches. Es richtet sich gegen Arbeitslosigkeit, Mietwucher, Medienmonopolismus und die damit verbundenen Personen und Gruppen. Deshalb unterstützen wir die Forderungen der Gewerkschaften, des Arbeitslosenverbandes, der Mieter- und Verbraucherschutzverbände und anderer Organisationen, die sich den Interessen der einfachen Menschen verpflichtet wissen. Dabei suchen wir ohne Vorbehalte und unter Achtung der politischen Identität Partner in anderen Parteien, den Bürgerbewegungen und Verbänden. In diesem Sinne ist nachstehendes Aktionsprogramm auch als Angebot an alle Bürger unserer Stadt zu verstehen.

1. Mit der PDS für Frieden und Abrüstung — Leipzig muß eine Stadt des Friedens werden.

Kriege lösen keines der drängenden Probleme. Vielmehr sind sie zu der alles Leben auf dieser Erde bedrohenden Gefahr geworden. Wer mit uns den Krieg verurteilt, wendet sich letztendlich gegen das Fortbestehen militärischer Verbände. Genauso konsequent fordern wir die bedingungslose Einstellung jeglicher Rüstungsproduktion und die Umverteilung der damit freiwerdenden Steuermittel für Entwicklungsländer, Umwelt- und andere Katastrophenfälle, die Bildung, das Gesundheitswesen und andere soziale Bereiche.

Wir verlangen:

- Leipzig soll Stadt des Friedens werden. Keine Bundeswehr- oder andere militärischen Verbände in unserer Stadt!
- Ersatzlose Beseitigung der Wehrpflicht und vergleichbarer Dienste!
- Generelles Verbot von Rüstungsproduktion, -lagerung, -Ex- und -Import!
- Gerichtliche Bestrafung von Verstößen und Abschöpfung der Gewinne zugunsten der Kommune!
- Beibehaltung des generellen Verbotes, deutsche Soldaten außerhalb der NATO einzusetzen!
- Auflösung der NATO und Abzug aller ausländischer Truppen von deutschem Boden!

Alle Schritte, die zur Realisierung dieser Ziele dienen, unterstützen wir. Wir nehmen weiter am Leipziger Runden Tisch für den Frieden teil, unterstützen Kriegsdienst- und Totalverweigerer ...

2. Mit der PDS für die Erhaltung und den Ausbau des Wirtschaftsstandortes Leipzig.

Leipzig ist ein international bekannter Industriestandort mit weit über die Grenzen Sachsens und Deutschlands hinausreichenden Beziehungen. Das ist jetzt in allen Branchen in Frage gestellt. Für die notwendige Umstrukturierung, für neue Technologien und international arbeitsteilige Kooperation, Handels- und Austauschbeziehungen fehlen Konzeptionen und Investitionen. Gerade sie sind aber die unabdingbare Voraussetzung für die gesunde Entwicklung der Stadt und ihrer Region, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die ökologische und bauliche Sanierung Leipzigs. Damit in direktem Zusammenhang steht auch das Schicksal Leipzigs als Dreh- und Angelpunkt im Handel mit dem Osten. Leipzig ist genauso wenig ohne die Messe, wie die Messe ohne Leipzig denkbar.

Wir verlangen:

- Erarbeitung und öffentliche Diskussion eines Wirtschafts- und Infrastrukturkonzeptes für Leipzig,
- konsequente Nutzung aller Möglichkeiten zur Übernahme ehemaliger volkseigener Betriebe in Staatseigentum, Eigentum der Kommunen oder von Gewerkschaften,
- Privatisierung nur dann, wenn ein Unternehmenskonzept vorgelegt wird, in dem der Erhalt des Betriebes und der Arbeitsplätze garantiert wird,
- öffentlich kontrollierte Verwendung der Mittel, die als Verkaufserlöse erzielt wurden,
- demokratische Einbeziehung der Belegschaften und der Betriebsräte in alle Entscheidungen, die das Schicksal der Betriebe betreffen,
- Bedingungslose Entschuldung ehemaliger volkseigener Betriebe und Genossenschaften,
- Subventionierung des Ostexportes Leipziger Betriebe, Wiederherstellung und Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Ländern im Osten auf der Grundlage von Bartergeschäften, Absicherung solcher Geschäfte durch Hermes Kredite,
- gezielter Einsatz der für Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung geplanten Mittel zur technologischen Umrüstung zukunftssicherer Arbeitsplätze.

Die PDS strebt eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften an, beteiligt sich aktiv an den Leipziger Montagsdemos und anderen Kampfkaktionen gegen wirtschaftlichen Notstand und sozialen Ausverkauf. Wir unterstützen Maßnahmen der Belegschaften zur Selbsthilfe.

3. Mit der PDS für gezielte Arbeitsförderung und gegen Massenarbeitslosigkeit

In unserer Stadt sind jetzt schon über 50000 Frauen, Männer und Jugendliche offiziell als Arbeitslose registriert. Hinzu kommen die in den Vorruhestand Gezwungenen, die Kurzarbeiter und die in die Warteschleife abgedrängten. Prognosen sprechen von 50 % Arbeitslosigkeit. Während der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre waren es ganze 19 %. Das wird eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes. Dabei sind aber nicht allein die Probleme materieller Not zu bedenken, was da über furchtbare viele Mitmenschen, über uns selbst hereinbricht, sind auch menschliche Tragödien, ist die Zerstörung von menschlicher Würde und das Elend des Ausgrenztseins.

Wir verlangen:

- Einrichtung von Qualifizierungsge-

sellschaften für alle Arbeitslosen durch Betriebe, städtische und Einrichtungen des Landes.

- gerichtliche Einforderung der Ansprüche, die sich aus den Reparationsleistungen der ostdeutschen Länder an die Altländer und den Bund ergeben,
- Schaffung von Arbeitsplätzen durch ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm in Leipzig (Wohn- und Gesellschaftsbau, Stadtsanierung, Beseitigung von Umweltschäden, Ausbau und Verbesserung des Nahverkehrs, Erhaltung und Ausbau kommunaler Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens, von Wissenschaft, Kultur und Bildung),
- Anerkennung der aus dem Ausbildungsverhältnis Ausscheidenden als Arbeitslose, wenn sie keine zumutbare Tätigkeit finden können,
- bedingungslose Beendigung der verschleierten oder offenen Berufsverbotspraxis,
- Verlängerung der Kurzarbeiterregelung über den 31. 12. 1991 hinaus und Rücknahme aller schwebenden Kündigungen,
- Gleichheit der Schutzrechte für die Arbeitnehmer in beiden Teilen der BRD,
- Einrichtung eines Krisenstabes Arbeitslosigkeit, der mit staatlichen Befugnissen auszustatten ist, damit er diesem gesellschaftlichen Notstand effektiv entgegenzutreten kann.

Die PDS strebt eine enge Zusammenarbeit mit dem Arbeitslosenverband und anderen Schutzverbänden der Arbeitnehmer an. Sie wird sich in allen Gremien — parlamentarisch wie außerparlamentarisch — für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen sozialen Härten einsetzen.

Wir rufen zur Bildung weiterer überparteilicher Selbsthilfegruppen auf. Wir werden uns an Demonstrationen gegen Arbeitslosigkeit und anderen außerparlamentarischen Maßnahmen aktiv beteiligen.

4. Mit der PDS für eine saubere und umweltfreundliche Stadt Leipzig

Leipzig gehört nach wie vor zu den europäischen Metropolen mit der höchsten Umweltbelastung. Daran trägt die verfehlte Politik der SED die Hauptschuld. Aber auch seit dem Herbst 89 ist kaum mehr als die Stilllegung einiger umweltbelastender Betriebe geschehen. Anstatt nun wirklich aktiv zu werden, wurden solche bewährten Einrichtungen wie das SERO-System zerschlagen und eine bislang nicht gekannte Flut von Verpackungs- und Reklamemüll importiert.

Wir fordern:

- ökologische Sanierung umweltbelastender Produktionsstätten, anstatt diese zu liquidieren,
- Aufbau einer Umwelttechnologieindustrie im Leipziger Raum und Vergabe von Aufträgen zur Umweltsanierung an diese Betriebe,
- gezielter und öffentlich kontrollierter Einsatz der von der EG ausgereichten Mittel für die Sanierung der Umwelt im Raum Leipzig,
- Privilegierung des öffentlichen innerstädtischen Nahverkehrs vor dem individuellen Personenverkehr (Vorfahrt für Bus und Straßenbahn, Busfahrspuren),
- Kampf dem Verpackungsmüll! Wer ihn produziert oder vertreibt, hat für seine Beseitigung zu sorgen,
- Sicherung der Rechte von Siedlern und Kleinpächtern,
- keine Privatisierung von Naherholungsgebieten im Raum Leipzig,
- keine Reduzierung sondern Ausbau des Wald-, Park- und Grünflächenanteils in Leipzig.

Die PDS unterstützt aktiv die Leipziger Umweltgruppen und -vereine ...

5. Mit der PDS für das Grundrecht auf Wohnen und für bezahlbare Mieten

Was mit den Mietern wird, ob wir uns unsere Wohnungen überhaupt noch leisten können — das bewegt alle. Wir verlangen, daß die Bürger unserer Stadt

Mieterschutz genießen, daß niemand auf die Straße gesetzt werden darf und daß die Mieten nur und ausschließlich in Abhängigkeit von der tatsächlichen Steigerung der Einkommen anteilmäßig erhöht werden dürfen. Wohnungen sind nicht nur eine Ware, sie sind und sollen unser Zuhause bleiben.

Wir fordern:

- Grundrecht auf Wohnung für alle, unabhängig vom jeweiligen Besitzstand,
- bezahlbare Mieten, d.h. auch bei Wegfall von Subventionen, Auszahlung dieser Beträge an die Betroffenen, Erhöhung des Wohngeldes,
- Garantie der Mietpreisbindung und gerichtliche Verfolgung von Mietspekulation,
- ersatzlose Abschaffung der diskriminierenden Verfahren zur Wohngelderstattung, mit dem Antragsteller erniedrigt und zu Bettlern degradiert werden,
- Ausreichende Ausstattung der Kommunen mit Mitteln für den Wohnungsbau, insbesondere für den sozialen Wohnungsbau,
- Garantie des Eigentumsrechtes der DDR-Bürger und Vorkaufsrecht für die von ihnen genutzten Wohnungen,
- keine Umlage notwendiger Instandsetzungskosten auf die Mieter, da diese durch die Miete abgegolten sind,
- Gesetzlich garantierter Einfluß der Mieterorganisationen auf die Mietgesetzgebung.

Die PDS ist bestrebt, eng mit dem Mieterbund zusammenzuarbeiten. Sie wird Foren und andere Aktivitäten in den Wohngebieten organisieren und die Mieter für ihre Rechte sensibilisieren.

7. Mit der PDS für ein modernes Gesundheitswesen für alle

Jetzt gibt es wieder Angst vor dem Krankwerden. Einst waren Kurplätze rar. Heute stehen ganze Kurheime leer. Doch kann nicht vergessen werden, daß so manche Ausstattung mehr als veraltet ist, viele Medikamente nicht zu bekommen waren und medizinische Versorgung oft nur vom Einsatz der Ärzte und Schwestern lebte. Beides, das gestern nicht erhältliche und das heute nicht erschwingliche Medikament, erfüllt mit Ärger und Empörung. Wirkliche Veränderungen zum Positiven sind dringend erforderlich.

Deshalb treten wir ein für:

- kostenlose medizinische Betreuung aller Bürger,
- gut ausgestattete Kliniken und Polikliniken,
- freie Niederlassungen von Ärzten in Stadt und Land,
- die Beibehaltung und Verbesserung bewährter Formen spezialisierter Betreuung in den Schwangeren- und Mütterberatungsstellen, Diabetisambulanz und weiteren Dispensaires,
- die Schaffung von Aufklärungs- und Beratungsstellen im Gesundheitswesen,
- die beschleunigte Ausbildung von Rehabilitationszentren, Klubs und geschützten Werkstätten zur Hilfe und Selbsthilfe von Behinderten,
- sozial erschwingliche Heil- und Hilfsmittel.

Die PDS unterstützt jene Ärzte, die sich in Polikliniken zusammenschließen wollen ebenso wie jene, die nach anderen Formen einer patientengünstigen qualifizierten gesundheitlichen Betreuung und Prophylaxe suchen.

8. Mit der PDS für den Erhalt und den Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen

Die wissenschaftliche Forschung und Lehre hat in Sachsen ebenso große Traditionen, wie dieses Potential für die Entwicklung eines modernen, leistungsfähigen und den humanistischen Herausforderungen wissenschaftlich-technischer Entwicklung gerecht werdenden Lebens unerlässlich ist. Dem kann nicht durch eine von Siegermentalität geprägte Abwicklung ganzer Einrichtungen noch durch den Import von Wissen-

schaftlern aus westlichen Bundesländern Rechnung getragen werden.

Wir fordern:

- Die Autonomie der Universitäten und Hochschulen, die Annahme eines demokratischen Hochschulneurechtsgesetzes durch den Landtag, in dem fachliche Kompetenz und menschliche Integrität über den Verbleib an den Hochschulen entscheiden,
- die Sicherung eines breiten Wissenschaftsspektrums bei Bewahrung marxischen Gedankengutes in Lehre und Forschung,
- die Verbesserung der materiell-technischen Bedingungen der wissenschaftlichen Arbeit einschließlich der Modernisierung bzw. des Wiederaufbaus der wissenschaftlichen Bibliotheken,
- die soziale Absicherung der Studenten während der Regelstudienzeit in staatlicher Verantwortung,
- den Erhalt außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, damit ein ausreichend großes Forschungspotential vorhanden ist, um Aufgaben der Zukunft in den neuen Bundesländern abdecken zu können,
- Einbeziehung von möglichst vielen Wissenschaftlern in den Forschungsprozeß, z. B. auch durch ABM-Stellen, um ein Abwandern bzw. Berufswechsel von Wissenschaftlern zu verhindern.

9. Mit der PDS für ein Bildungskonzept, das Individualität und Kreativität von Persönlichkeiten an demokratischen und humanistischen Werten orientiert

Die PDS favorisiert ein auf Leipziger Gegebenheiten abgestimmtes Gesamtschulmodell als Regelschule und trägt damit internationalen Erfahrungen und Entwicklungsrichtungen Rechnung. Die Überleitung der vorhandenen Schulstruktur in Gesamtschulen, Realschulen und Gymnasien bereitet geringe Probleme.

Wir fordern:

- Chancengleichheit für alle Kinder, unabhängig von Weltanschauung, Geschlecht, Religion, Nationalität und sozialer Herkunft durch eine unentgeltliche staatliche Schule und unentgeltliche Berufsausbildung sowie Möglichkeiten zur Weiterbildung in einer breiten Schulvielfalt,
- frühzeitige Förderung von Begabungen und Talenten,
- ganztägige Betreuung der Grundschüler durch den Hort als Voraussetzung für die freie berufliche Entfaltung der Eltern und die umfassende Interessenentwicklung der Kinder,
- starkes Mitspracherecht der Eltern und Schüler in allen schulpolitischen Belangen einschließlich des Vetorechts,
- soziale Absicherung der Lehrer und Schaffung von Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Pädagogen,
- Anerkennung aller staatlicher Abschlüsse der Lehrer und Erzieher,
- Einstellung der entwürdigenden Fragebogenaktion und kontrollierte Verneinung der bislang schon unter rechtlich unzulässigem Druck zustande gekommenen Unterlagen,
- demokratische Wahl von Lehrern und Schülervertretungen

11. Mit der PDS für eine sichere Perspektive der Kinder- und Jugendlichen

Es wird immer offensichtlicher: Kinder und Jugendliche werden unter den Bedingungen der kapitalistischen Marktwirtschaft als die schwächsten Glieder der Gesellschaft mit ihren Interessen an den Rand gedrängt. Die PDS will nicht zusehen, wie Kinder und Jugendliche zum bloßen Objekt dieser Entwicklung werden.

Wir fordern:

- Erhalt, Ausbau und Modernisierung der Jugendclubs und -zentren,
- Zulassung privater Einrichtungen unter strikter Beachtung des Jugendschutzes,
- für jeden Schulabgänger eine Lehr-

Fortsetzung Seite 7

stelle oder eine weiterführende Ausbildung.

— staatliche Fürsorgepflicht, um Jugendliche vor Kriminalität und Drogensucht zu bewahren.

Die PDS wird mit allen Organisationen zusammenarbeiten, die aktiv für die Rechte von Kindern und Jugendlichen wirken. Sie wird einen aktiven Beitrag zur Erweiterung des Freizeitangebotes für Kinder und Jugendliche in Leipzig leisten und sich um den schrittweisen Aufbau einer ihr nahestehenden Jugend- bzw. Kinderorganisation bemühen.

12. Mit der PDS für ein würdiges Leben unserer alten Mitbürger

Die meisten RentnerInnen gehören zu den sozial Schwachen, denen unsere besondere Solidarität und Fürsorge gelten muß. Diese Menschen haben den Faschismus, den zweiten Weltkrieg und die schwere Nachkriegszeit miterlebt. Sie haben die Trümmer weggeräumt, die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben wieder in Gang gebracht. Jetzt stehen sie wieder vor einem Neubeginn. Jeder Staat wird sich daran messen lassen müssen, wie er sich zu den älteren Bürgern stellt, ob er ihnen ein selbstbestimmtes und wirtschaftlich unabhängiges Leben garantiert oder ob er viele Rentner zu Sozialhilfeempfängern abstempelt.

Deshalb erhebt die PDS folgende Forderungen:

- Gewährleistung sozialer, gesundheitlicher und kultureller Betreuung älterer Bürger durch Familienangehörige bei Gewährung eines Pflegegeldes in Höhe des Pflegeheimaufwandes,
- freundlich und menschenwürdig ausgestattete Feiern und Pflegeheim bei besserer personeller Absicherung,
- Schaffung altersgerechten Wohnraums, der älteren Mitbürgern die Teilnahme am Leben in unserer Stadt erleichtert,
- Erhalt und weiterer Ausbau der Clubs der Volkssolidarität und anderer Organisationen,
- Steigerung der Renten auf ein Niveau, das den Erhalt des erreichten Lebensstandards auch mit dem Erreichen des Rentenalters sichert,
- besondere Begünstigungen von Rentnern beim Mieterschutz und Sicherung von Rentnern vor anderen Kostensteigerungen durch eindeutige Rechtsansprüche.

Die PDS wird die Zusammenarbeit mit Wohlfahrts- und Seniorenverbänden intensivieren. Besonders gelegen ist uns an der Hilfe für die Tausenden von PDS-Mitgliedern im Rentenalter.

13. Mit der PDS für die Gleichstellung von Frau und Mann

Die Frauen sind bei Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Warteschleife noch stärker betroffen als ihre männlichen Kollegen. Sie sollen — wie in den Altländern — wieder an den häuslichen Herd zurückgedrängt werden und die Rolle der Abhängigen spielen. Bereits für selbstverständlich gehaltene wirtschaftliche Unabhängigkeit wird mehr und mehr beseitigt. Und es ist geradezu unerträglich, wenn ergraute Herren aus Bonn so tun, als wüßten sie besser, was für die Frauen nun auch in der ehemaligen DDR gut und richtig ist.

Mit uns geht das nicht! Wir verlangen:

- Verabschiedung eines Gleichstellungsgesetzes,
- quotierte Besetzung der öffentlichen Ämter in der Stadt Leipzig,
- Recht der Frauen auf selbstbestimmte Schwangerschaft und kostenlose Vergabe von Schwangerschaftsverhütungsmitteln,
- konsequente Einhaltung bzw. Durchsetzung des Prinzips: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit,
- Einhaltung und Verbesserung des Kündigungsschutzes für Frauen, insbesondere aber für Mütter.

Die PDS möchte sich gleichberechtigt in jene Frauenorganisationen einbringen, die für die Rechte und Interessen der Frauen wirken. Sie wird sich auch künftig an Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, Gesetzesinitiativen und anderen Aktionen beteiligen, die auf die Gleichstellung von Frau und Mann gerichtet sind. Wir wenden uns gegen die Reklamevermarktung von Frauen und ihre Erniedrigung als Sexualobjekt.

14. Mit der PDS für ein ausländerfreundliches Leipzig

Unsere Stadt gehört durch die Hochschulen und Universitäten, durch die Messe und vielfältige Wirtschafts-, aber auch touristische Beziehungen zu den

ostdeutschen Städten mit den größten Konzentrationen ausländischer Mitbürger. Viele wohnen ständig hier und sind schon lange Wahlleipziger geworden. Damit sind sehr günstige Voraussetzungen für die Bereicherung unserer Heimatstadt durch multikulturelle Beziehungen gegeben. Das setzt aber auch voraus, daß Ausländer in keiner Weise diskriminiert werden, daß sie ebenso behandelt werden, wie alle anderen Mitbürger. Und deshalb wenden wir uns gegen alle Erscheinungsformen von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

Wir fordern:

- Schaffung einer leistungsfähigen Ausländerbehörde beim Rat der Stadt,
- Gleichstellung der Ausländer in allen Rechtsfragen,
- keinerlei Benachteiligung von Ausländern bei der Sicherung annehmbaren Wohnraums wie bei Arbeitsverhältnissen,
- Sicherung von Bedingungen für die kulturelle Selbständigkeit ausländischer Mitbürger,
- Wahlrecht für jene Ausländer, die sich seit längerer Zeit in Leipzig aufhalten,
- besonderer Schutz von Ausländern vor Übergriffen.

15. Mit der PDS für weltanschauliche Toleranz

Im Laufe weniger Generationen sind die Bürger Ostdeutschlands mehrfach in extrem entgegengesetzte Weltansichten gedrängt worden. Der Ausschließungsanspruch faschistischer Herrenmenschenideologie mußte mit all seinen verbrecherischen Auswirkungen überwunden werden. Doch die als sozialistisch bezeichnete Ideologie verfuhr mit ihren Gegnern keineswegs demokratisch. Heute wird eine sogenannte freiheitlich demokratische Gesinnung eingefordert. Herausgebildet hat sich hierbei ein persönlichkeitsdeformierender Stil äußerlicher Anpassung. Dies lag und liegt schon deshalb nahe, weil mit der Annahme oder Ablehnung solcher Weltansichten zumeist gravierende persönliche Vor- bzw. Nachteile verbunden waren und sind. Heuchelei, Doppelzüngigkeit und prinzipienlose Unterordnung sind so gefördert worden, während Zivilcourage, weltanschauliche Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit im Umgang miteinander verkommen mußten. Damit wird die offene Diskussion anstehender Probleme, wird die Entwicklung wirklich demokratischer Entscheidungen unerträglich belastet.

Wir fordern deshalb:

- strikte Toleranz gegenüber weltanschaulichen Überzeugungen,
- uneingeschränkte Rechte auf Meinungsäußerung für Andersdenkende,
- öffentliche Auseinandersetzung mit faschistischer, rassistischer und militaristischer Ideologie und ihrer politischen Erscheinungsformen und
- gerichtliche Sanktionen gegen alle — auch weltanschaulich motivierten — terroristischen Aktionen.

Wir sind zum Disput weltanschaulicher Fragen genau so offen, wie für die Auseinandersetzung mit unserer eigenen ideologischen Vergangenheit und Gegenwart.

16. Für die programmatische Selbsterneuerung der PDS

Die PDS ist dabei, sich aus der ehemaligen zentralistisch deformierten SED in eine moderne sozialistische Partei zu wandeln. Dieser demokratische Prozeß verläuft widersprüchlich, weil zu gleicher Zeit die Verantwortung der eigenen Vergangenheit zu begreifen und anzunehmen ist, ein neues Verständnis für die Probleme der Gegenwart und Zukunft erarbeitet werden muß und all dies unter politischen Verhältnissen geschieht, die jetzt und heute schon programmatisch orientierte Positionen und Aktionen nötig machen.

Dieses Bündel von Problemen macht es notwendig, auf neue Art programmatisches Denken in den laufenden politischen Aktionen zu erlernen und damit zugleich handlungsfähig zu werden. Diese große Verantwortung ist nicht Sache weniger, sondern vielmehr aller, die sich selbst als Partei im Interesse einer sozial gerechteren, demokratischeren und humanistischeren Zukunft verstehen.

Noch einmal: Dieser Entwurf eines Aktionsprogrammes ist als Herausforderung zum Mit- und Weiterdenken zu verstehen. Und wir würden froh sein, wenn in eben diesem Sinne viele Vorschläge eingehen würden.

Dieser Entwurf wurde von Dr. sc. Klaus Hesse und Dr. sc. Dietmar Pellmann erarbeitet.

Erheblich weniger bei Maikundgebung in Hannover

Hannover. 15000 nahmen nach Angaben des DGB am diesjährigen Sternmarsch zum 1. Mai teil, 6000 weniger als im letzten Jahr, insbesondere der Zug der ÖTV war erheblich kleiner. Beim DGB gibt es Überlegungen, den Sternmarsch im nächsten Jahr zu streichen. Die Kundgebung fand unter Polizeischutz statt, da zu dem gleichzeitig angesetzten Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Belgien Hooligans zu Auseinandersetzungen aufgerufen hatten, die mit über 400 Festnahmen endeten. Mairadner Koschnick forderte eine allgemeine Arbeitsmarktabgabe zur Herstellung der „sozialen Einheit“. Erfreulich war, daß die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes nicht zu übersehen war und die kurdischen Organisationen mit einem Stand auf dem Kundgebungsplatz vertreten waren. — (rec)

1. Mai-Aktivitäten des DGB in Essen

Essen. Der Vorsitzende des DGB-Kreises, S. Löser, kritisierte beim „Arbeitnehmer-Empfang“ der Stadt zum 1. Mai u.a. die Ausländerpolitik der Stadt. Der SPD-Ratsmehrheit schrieb er ins Stammbuch, sie müsse das von ihr selbst gern in Anspruch genommene Prädikat einer „ausländerfreundlichen Stadt“ auch in der Praxis beweisen und trat erneut für ein Bleiberecht für die in Essen lebenden Roma ein. Er begründete diese Forderung mit der „Zigeuner“-Verfolgung und -Vernichtung durch die Nazis. Gleichzeitig müsse die Stadt für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen sorgen. Bei der Maikundgebung räumte der DGB der Verfolgung der Kurden breiten Raum ein. Löser griff ausdrücklich die Beteiligung westdeutscher Firmen und der Bundesregierung an der Unterdrückung des kurdischen Widerstandes im Irak und in der Türkei an. Die Beteiligung an der Maikundgebung des DGB war deutlich geringer, als in den letzten Jahren. — (wof)

Tarifikämpfe bewirken größere Beteiligung

Heilbronn. Mit über 800 Leuten war die Teilnahme an der diesjährigen Maikundgebung des DGB größer als in den letzten Jahren. Der DGB-Vorsitzende K. Rücker kritisierte die Bundesregierung und „ihre geistigen Sponsoren aus dem Unternehmerlager“: „Kein wirtschaftlich langsames Ankoppeln der Ostländer, kein Abklopfen auf erhaltenen Strukturen in den Ostländern, nur profitorientierter Markt, war und ist (ihre) Linie.“ Seine friedenspolitischen Forderungen blieben jedoch weit hinter seiner Rede zum Ostermarsch zurück. Dort hatte er noch vertreten „auch unter Blauhelmen darf nicht gelten, daß am deutschen Wesen die Welt wieder genesen soll“. — (jom)

1.Mai: Wieder Straßenkämpfe in Kreuzberg

Berlin. Zum Abschluß der „revolutionären 1. Mai Demonstration“ (ungefähr 15000Teilnehmer) kam es zu schweren Auseinandersetzungen. Hier und bei der Auflösung des traditionellen Festes auf dem Lausitzer Platz wurden 181 Leute festgenommen. Die Demonstration vom Oranienplatz nach Friedrichshain endete in der Proskauer Straße. Der Zugang zur Mainzer Straße war abgesperrt. Ein in der Proskauer Straße abgestelltes leeres Polizeifahrzeug war der Anlaß zu den Auseinandersetzungen. 50 vorbeugende Festnahmen, die Räumung von Kneipen um den Lausitzer Platz und eine faktische Ausgangssperre in Kreuzberg ab 23 Uhr zeigten, daß die Polizei mit einer offensiven Taktik jedem Widerstand zuvorkommen wollte. Die Einsatzabteilung 5 soll nach dem Motto „wir machen keine Gefangenen“ geprügelt haben. Innensenator Heckelmann hebt hervor, daß die Polizei „einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, daß sich Berlin als geeigneter Regierungssitz präsentiert“. Der Kreuzberger SPD-Bürgermeister König will für nächstes Jahr ein Verbot der Demonstration und der Feste. Dagegen kritisiert die AL den Abschied von der Taktik der deeskalierenden Einsätze und auch die PDS betont, erst als die Polizei massive Präsenz demonstrierte, sei es los gegangen. Zwar hatten sich einige Demonstranten mit Brandflaschen versehen, die Demonstrationsveranstalter hatten aber versucht, derartige Auseinandersetzungen zu vermeiden. Sie hatten die Solidarität mit den Kurden, die Bekämpfung von Rassismus und Sexismus, die Verhinderung der Yuppiesierung Kreuzbergs in den Mittelpunkt ihrer Aktion gestellt. — (chk)



München. 3000 Teilnehmer nahmen an der DGB-Kundgebung teil.

NPD-Nazi erhält 9% bei Bürgermeisterwahlen

Hirschberg/Bergstraße. 4,5 % der Wahlberechtigten (Beteiligung 53 %) wählten den Weinheimer „Deutsche-Liste“-Stadtrat und NPD-Kreisrat Deckert (33!); in einem Ortsteil sogar 11,1 bzw. 5,5 %. Deckert (er ist als neuer NPD-Bundesvorsitzender im Gespräch) kandidierte als einziger gegen den amtierenden, von FWV, CDU und SPD unterstützten Bürgermeister. In der Presse warb er für Wohnungsbau „nur für Deutsche“, eine „wohnliche deutsche Gemeinde“, Aufnahmestopp für Asylbewerber und dafür, „alle großen Entscheidungen der Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen“. Die Grünen verurteilten die Kandidatur lau als „Ärgernis“. Jugendliche wandten sich auf einer Kandidatenvorstellung mit Fragen und Buh-Rufen gegen die Werbung für Rassismus und NPD. — (bef)

Hanau verbot Kurden politische Betätigung

Hanau. Ende 1990 verbot die Stadt dem Kurden C. Bicer, „aktiv oder inaktiv eine politische Betätigung auszuüben, die gegen die derzeitige türkische Staatsform, die Regierung dieses Staates oder seine Repräsentanten und Einrichtungen gerichtet ist“. Sie bezog sich u.a. auf seine Teilnahme an einer Aktion gegen das irakische Giftgasmassaker 1988. Die Stadt handelte auf Empfehlung des hessischen Innenministeriums und des BKA. Inzwischen hatte das Eilverfahren Bicers Erfolg: die Verfügung muß bis zum Hauptverfahren ausgesetzt werden. Die Begründung greift jedoch nur „Ermessensfehler“ an: das Verbot aktiver und inaktiver politischer Betätigung beziehe sich auch auf Gedanken. — (udi)

Wem tut Berlin als Regierungssitz gut?

Wird der Osten jetzt vielleicht doch nicht Kolonie?

Berlin. Da Kohl nach dem CDU-Wahldebakel in Rheinland-Pfalz seine Liebe zu Berlin offenbart hat, muß damit gerechnet werden, daß die Stadt Regierungssitz wird. Das weckt Hoffnungen auf wirtschaftlichen Aufschwung, Kar-

rieren, Aufwertung des Anschlußgebietes. Es weckt aber auch Befürchtungen vor einem Verdrängungswettbewerb mit einschneidenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Wohnungsmarkt.

Nach Umfragen lehnen 30 % der Westberliner ab, daß Berlin Regierungssitz wird. In der ehemaligen DDR-Hauptstadt sind ca. 90 % dafür. Die Zentralisierung der DDR brachte für die Hauptstädter vor allem Vorteile bis hin zu einer besseren Versorgungslage. Die Westler wissen mehr über die Mieten in Ballungsgebieten der BRD, über die Belagerung der Metropolen mit Banken und Versicherungen und die Verdrängung der Industrie an die Peripherie. Eine derartige Entwicklung wird den Ostteil der Stadt noch härter als den Westteil treffen, weil in Ostberlin der Anteil der Industriebeschäftigten wesentlich höher ist. Für viele ehemalige DDR-Bürger würde der Regierungssitz Berlin eine Aufwertung des Anschlußgebietes bedeuten. Die Gefahr, zum Sizilien der Bundesrepublik herabzusinken wäre gebannt. Das dürfte für die PDS ausschlaggebend gewesen sein. Die sozialen Probleme will die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus durch folgende Zusatzforderungen bewältigen: „Der Ausbau Berlins zum Parlaments- und Regierungssitz darf nicht zur sozialen Belastung der Bürgerinnen und Bürger wer-

den; ... muß unter den modernsten Gesichtspunkten einer ökologischen Großstadtgestaltung erfolgen; darf nicht zur Einschränkung demokratischer Mitsprache, sondern zu deren Erweiterung führen; ... muß aufs engste mit der Durchsetzung der kommunalen Selbstverwaltung in den Berliner Bezirken verbunden sein; ...“ Die IHK, die als Vertretung der hiesigen Kapitalisten für die Hauptstadtwerdung trommelt, verlangt im Gegenteil „Entbürokratisierung“. Während Dieppen für das „Unternehmen Berlin“ die „Aktivierung aller Möglichkeiten der Einnahmepolitik, soweit dies sozial verträglich ist“ fordert, beschreibt die IHK eindeutig die Leute, um deren Karriere- und Lebensumstände sich der Senat zu kümmern hat: „Das Risiko, daß die fähigsten Kaufleute, Ingenieure, Wissenschaftler aus dem Großraum Berlin nach Frankfurt, München, Stuttgart und Leverkusen abwandern, erscheint eher groß.“ Würde Berlin aber für ein „wirtschaftsfreundliches Klima“ im Wettbewerb um Standortvorteile und eine „breite Aufgeschlossenheit der Behörden gegenüber Wirtschaftsunternehmen“ sorgen,

bestehe die Chance auf „Zuzug von Eliten“. Die einfachen Leute, für die bereits jetzt der Wohnungsmarkt zu ist, werden froh sein.

Die Hoffnung, daß die Hauptstadtverlegung der ganzen Ex-DDR nützt, ist trügerisch. Alle Infrastrukturinvestitionen würden auf Berlin konzentriert. Soweit es für Kapitalisten sinnvoll ist, den (DDR)-Markt von nahen Produktionsstätten zu beliefern, ist eine Ansiedlung in der Region um Berlin günstig. Diese Konzentration wird durch den Regierungssitz verstärkt. Die sächsischen und thüringischen Industriegebiete würden in der Folge ausgezehrt.

Die IHK will eine Brückenfunktion gegenüber Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und Rußland. Für den erfahrenen Ostpolitiker Brandt war die Verantwortung gegenüber den östlichen Staaten ein wichtiges Argument in seinem Plädoyer für Berlin vor der SPD-Fraktion. Otto Wolff von Amerongen hält für sicher, daß der Regierungssitz Berlin im Ausland als Signal für weniger Westbindung gewertet wird. Hauptstadt Berlin steht auch für Ostexpansion des BRD-Imperialismus. — (ard, chk)

Warnstreiks ausgedehnt

Abschluß für Druck und Papierverarbeitung erwartet

Hamburg. Der Abschluß der Metalltarifrunde ist für die Druckindustrie erfahrungsgemäß richtungsweisend. Laut Süddeutscher Zeitung vom 6.5.91 erwartet die IG Medien in dieser Woche in beiden Bereichen Druckindustrie und Papierverarbeitung die Entscheidungen. So kann es sein, daß bei Erscheinen dieser „Politischen Berichte“ die Ergebnisse schon feststehen.

Für die Druckindustrie fordert die IG Medien 11 % Lohnerhöhung. Die Mindestforderung, so war in der Tarifkommission beim Aufstellen der Forderung deutlich geworden, Abschluß nicht unter 7 %. Zu dem Zeitpunkt war der Umfang der zu erwartenden Steuererhöhungen noch nicht bekannt. Der Lohngruppenchlüssel, im Lohnrahmentarifvertrag festgelegt, ist erst 1993 kündbar. Eine besondere Berücksichtigung der unteren Lohngruppen, was aus verschiedenen Landesbezirken gefordert wurde, findet deshalb nicht statt. Die Diskussion über eine kürzere Laufzeit für den Lohnschlüssel ist aber in Gang gesetzt.

Auf das Angebot der Druckkapitalisten von 4,9 % erklärte die IG Medien am 30.4. das Scheitern der Verhandlungen. Gleichzeitig wurden neue Verhandlungstermine für den 9. und 10. Mai vereinbart. Am 2. und 3. Mai fanden in mehr als 20 Betrieben Warnstreiks statt, einige Zeitungen erschienen in verrin-

gertem Umfang oder wurden später ausgeliefert. Auch wenn die Zeitungsverleger jetzt über Anzeigenrückgang jammern: Die höchste Wachstumsrate seit 1979 von real 7,3 % Umsatzplus und einer Rekorderlösaufleistung von 93 % auf Seiten der Kapitalisten, steigende Belastungen für die Arbeiterhaushalte lassen einen hohen Abschluß als auf der Hand liegend erscheinen. Streikbereitschaft ist vorhanden.

Auch für die Papierverarbeitung fordert die IG Medien 11 % mehr Lohn. Außerdem stehen Teile des Manteltarifvertrages zur Verhandlung. Die Gewerkschaft fordert u.a. die Festschreibung der wöchentlichen Arbeitszeit von Montag bis Freitag, Freischichten für ältere Arbeitnehmer und für Schichtarbeiter, verbesserten Gesundheitsschutz. In der 9. Verhandlungsrunde am 6.5. gab es immer noch keine Bewegung. Das Angebot der Kapitalisten liegt hier bei 5,5 % unter der Voraussetzung, die Gewerkschaft lasse ihre Forderung nach dem arbeitsfreien Samstag fallen. Ein verbesserter Gesundheitsschutz sei nicht nötig, weil die Beschäftigten keinen gesundheitsschädlichen Bedingungen ausgesetzt seien. In vielen betrieblichen Aktionen und Warnstreiks haben die Beschäftigten der Papierverarbeitung ihre Unterstützung der Forderungen bekundet. — (hao)

Norderstedt. Wie berichtet (PB 9/91 S. 8), will der Hamburger Gabelstapler-Konzern Jungheinrich die Einrichtung einer Rufbereitschaft für Kundendienstmonteure. Betroffen sind 600 Kollegen des mobilen Service, die ständig mit

Worum geht es? Ob in vollautomatischen, EDV-gesteuerten Hochregallagern, wo bis zu 16 Meter hoch Paletten eingestapelt werden können oder in kleinen Lagerhallen von Lebensmittelketten, wo mit Hilfe von deichselgeführten Staplern die LKWs abgeladen werden: Immer dient der Gabelstapler dazu, die Weirauldauer der Waren im Lager zu verkürzen.

Der Kapitalist, der sein Lager optimiert hat, kann sich daher zurecht Extra-profite gegenüber seinen Konkurrenten mit einer schwerfälligeren Lagerhaltung versprechen. Entsprechend groß ist der Ruf diverser Unternehmen nach einem Service für ihre Gabelstapler, der gewährleistet — sollten diese Geräte einmal ausfallen —, daß sofort ein Kundendienstmonteur zur Stelle ist, der das Fahrzeug wieder heil macht.

Aus dieser Logik heraus ist es begreiflich, daß Jungheinrich zusammen mit seinen Gabelstaplern diesen Service für seine Kunden anbieten will.

Seit mehr als zwei Jahren, aber ebenso logisch, sträuben sich die Betriebsräte von Jungheinrich, sowohl in der Hamburger Zentrale, wie auch in den bun-

Rufbereitschaft für KD-Monteure

Betriebsräte gegen die Arbeit mit dem „open end“

ihren Kundendienstwagen unterwegs sind, um Gabelstapler aller Bauarten und Größen bei den Kunden wieder zu machen. Nun sollen sie auch noch zusätzlich außerhalb der tariflichen Arbeitszeit den Kunden zu willen sein.

desweiten Niederlassungen, eine entsprechende Betriebsvereinbarung über „Rufbereitschaft für Kundendienstmonteure“ abzuschließen. Angesichts der Eckpunkte, die Jungheinrich seinen Monteuren abverlangen will, hat sich bei den Betriebsräten in den Verhandlungen eine Stimmung gemäß dem Motto „nur über unsere Leiche“ herausgebildet:

— Die Betriebsvereinbarung soll die Rufbereitschaft zur Verpflichtung für alle Monteure machen („... das gehört dazu, wie man sich die Finger bei der Arbeit schmutzig macht ...“);

— „open end“ für den Einsatzfall des Monteurs: Nicht genug damit, daß der Monteur von 6 Uhr morgens bis 22 Uhr montags bis freitags bzw. bis 14 Uhr am Samstag erreichbar sein soll: Wenn er z. B. noch um 21.59 Uhr vom Kunden angerufen wird, müßte der Monteur los und so lange arbeiten, bis der Stapler wieder läuft;

— Der Monteur soll in der Regel eine Woche pro Monat Rufbereitschaft leisten, in Fällen wie „Jahresurlaub, Krankheit oder Fortbildungsveranstaltungen“ sollen die Kundendienstmon-

teure bis zu 24 Tage im Quartal eingesetzt werden können:

— Je Rufbereitschaftstag will die Firma ganze DM 37,50 brutto bezahlen.

Dem stehen derzeit unversöhnlich die Mindestforderungen der Betriebsräte gegenüber:

— Rufbereitschaft für Monteure ausschließlich auf freiwilliger Basis;

— kein „open end“. Der Arbeitsvertrag beim Kunden endet spätestens um 24 Uhr bzw. samstags um 16 Uhr;

— Die Einsatzhäufigkeit wird auf maximal eine Woche in zwei Monaten begrenzt;

— Je Rufbereitschaftstag werden DM 50,- bezahlt;

— Rufbereitschaft dient ausschließlich dazu, um kurzfristig unvorhergesehene Fehler bei Systemen, die von Kunden in kontinuierlichen Arbeitsabläufen eingesetzt sind, zu beheben.

Wie wird der betriebliche Konflikt weitergehen? Voraussichtlich werden die einzelnen Betriebsräte dem Gesamtbetriebsrat dieses Thema zur Verhandlung übertragen. Scheitern die Verhandlungen, wird eine Einigungsstelle entscheiden müssen. — (hel)

Protest gegen Behinderung von Betriebsratsstätigkeit

Reutlingen. Der Arbeitskreis 35-Stundenwoche ruft auf zur Solidarität mit dem Bosch-Betriebsratsmitglied Holger Lange, der vom Betriebsrat als Betriebsratskoordinator freigestellt wurde. Die Geschäftsleitung weigert sich, diese Freistellung anzuerkennen und versucht, die Betriebsratsstätigkeit einzuschränken: Arbeitszeiten werden überprüft, als Betriebsratsstätigkeit ausgewiesene Stunden als Fehlzeiten angerechnet, ein „strenger Verweis“ sowie eine weitere Abmahnung mit Androhung fristloser Kündigung erteilt. „Er gerät in die Schußlinie, weil er konsequent die Probleme der Belegschaft zum Thema macht. Als da sind: Personalabbau, die geplanten Arbeitszeiterhöhungen, Lohnprobleme, Taktreduzierung ..., Arbeitssicherheit ...“. Quelle: Flugblatt des Arbeitskreis 35-Stundenwoche — (evc)

Kampf gegen Kündigung eines Gewerkschafters

Karben. Nachdem Ismail Pekuyar, Vertrauensleutevorsitzender und Betriebsratsmitglied, durch die Büromöbelfirma König und Neurath gekündigt wurde, führte er einen 40-tägigen Hungerstreik für Wiedereinstellung durch. Trotz vieler Solidaritätsbekundungen mußte er den Hungerstreik jetzt abbrechen. Die Arbeitsgerichtsverhandlung ist im August. Auf Pekuyars Initiative wurden im Dezember 89 Vertrauensleute gewählt; die Arbeitsbedingungen sind äußerst schlecht und gesundheitsgefährdend (ein tödlicher Arbeitsunfall sei vertuscht worden). Die Firmenleitung bekämpfte Pekuyar v.a. wegen einer Unterschriftensammlung gegen dauernde Pflichtüberstunden. — (gst, udi)

Disziplinarstrafen gegen Soldaten wegen Anti-Kriegs-Engagement

München. Zwei Soldaten der Panzerpionierlehrkompanie 560 (Funkkaserne) nahmen am diesjährigen Ostermarsch in Uniform teil. Da Markus Hank bereits in Uniform an einer Anti-Golf-Kriegsdemonstration teilnahm und dafür eine Disziplinarbuße von 200,- DM bezahlen mußte, erhielt er jetzt durch einen Beschluß des Truppendienstgerichts Süd vom 16.4.91 sieben Tage Disziplinararrest, der allerdings wegen seines Widerspruchs noch nicht vollstreckt wurde. Seinem Kameraden wurden für die Ostermarschteilnahme 200,- DM auferlegt. Markus Hank erklärte dazu u.a.: „... Wir haben die Bundeswehruniform nicht freiwillig angezogen, dieser Staat steckt uns ungefragt in den Kampfanzug. Doch mit dem Anziehen der Uniform lassen wir uns nicht zu einem willenslosen Werkzeug machen, wir weigern uns, den Kopf mit dem Stahlhelm zu vertauschen. Um dies zum Ausdruck zu bringen, haben wir uns am Ostermarsch beteiligt. Es ist unserer Meinung nach notwendig, lautstark zu sagen, daß es für deutsche Großmachtpläne keine Erweiterung des Grundgesetzes geben darf ... Weil ich als Soldat zum Ausdruck brachte, daß ich mich nicht in einem Krieg verheizen lassen will und ich mich dagegenstelle, daß ich und meine Kameraden auch noch weltweit eingesetzt werden sollen, deshalb soll ich jetzt mit sieben Tagen Arrest bestraft werden. Hierbei sieht man, wie die Bundeswehr mit Soldaten umgeht, die Frieden nicht nur als leere Worthülse begreifen und dafür auch auf die Strafe gehen.“ 200,- DM sind viel bei einem Wehrgeld von 345,- DM. Das Spendenkonto kann über die Redaktion erfragt werden. — (chl)

600 Arbeitsplätze weniger bei Blaupunkt Hildesheim

Hildesheim. 600 Arbeitsplätze werden bis zum Jahresende abgebaut. Die Belegschaft in Hildesheim verringert sich auf 5500 Mitarbeiter. Die Tochtergesellschaft des Bosch-Konzerns lagert immer mehr Produktionsstätten aus — hauptsächlich nach Portugal, Mexiko und Malaysia. Vorübergehend sind in Hildesheim seit Januar 1989 etwa 3500 Beschäftigte, davon 2800 mit befristeten Verträgen, eingestellt worden. Von denen wurden 1000 fest übernommen. Die Anzahl der unstetig Beschäftigten schwankt weit über dem Durchschnitt anderer Industriezweige. Angelernte Arbeiter sind vom Beschäftigungsförderungsgesetz erheblich härter betroffen als andere Tätigkeiten. Entlassungen finden nicht statt, Sozialpläne müssen nicht erstellt werden, solange befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden dürfen. — (mal)

Bildende Künstler fordern Ausstellungshonorar

Stuttgart. Am 30. April 1991 fand in der Kunstakademie eine Podiumsdiskussion zum Thema „Ausstellungshonorare für bildende Künstler“ mit ca. 50 Teilnehmern statt. Initiatoren waren die Fachgruppe Bildende Kunst der IG Medien und der ASTA der Kunstakademie. Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung um das Selbstverständnis der bildenden Künstler, die die Schaffung ihrer Werke nicht zum Zwecke des Verkaufs ansehen, sondern als kultureller Ausdruck der bestehenden Gesellschaft und ihrer Verhältnisse und somit als Dienstleistung, die angemessen honoriert werden muß. Die Forderung richtet sich vor allem an die öffentlichen Geldgeber, in ihren Etats für öffentlich subventionierte Ausstellungsinstitutionen dies zu berücksichtigen. Außerdem werden die Politiker aufgefordert, eine Änderung des Urheberrechts zu beschließen, die die Zahlung von Ausstellungshonoraren als Pflichtabgabe der Veranstalter verankert. — (mok)

Gewerkschaft Leder nimmt Arbeitszeitverlängerung hin

Weinheim. Im Manteltarifvertrag der ledererzeugenden Industrie heißt es: „Die Arbeitszeit der Kraftfahrer und Beifahrer am Steuer darf acht Stunden täglich nicht überschreiten.“ Im April 91 stimmte die Gewerkschaft Leder nur einer Protokollnotiz zu, nach der die Bestimmungen der EG-Verordnung gelten: Diese sieht eine maximale Lenkzeit von 9 Std./Tag, 2 x/ Woche 10 Std. vor. Die Protokollnotiz gilt allein für C. Freudenberg (die als einzige im Tarifbereich noch über einen eigenen Fuhrpark verfügt). Offensichtlich ist die Unterschrift erpreßt worden mit der Drohung, ansonsten komplett fremdzuvergeben an Speditionen. Im Betriebsrat gab es nur wenig Kritik an dem Vorgang. — (bef)

Die Beute wird verteilt

Westdeutsche Konzerne zerstören den alten DDR-Handel

Karlsruhe. Die westdeutschen Einzel- und Großhandelskonzerne verzeichneten für 1990 reale Umsatzsteigerungen zwischen 11 und 25 %. Solche Zuwachsraten gab es die letzten 15 Jahre nicht mehr in der BRD. Die wesentliche Ursache: die Handelskonzerne konnten in die ehemalige DDR eindringen, die bestehenden Handelsstrukturen übernehmen, teilweise neue Supermärkte und Discounterfilialen aufziehen und die DDR-Waren aus den Regalen drängen.

Das „Handelsblatt“ (HB) vom 29.4.91 meldet, daß der Anteil des Lebensmittelassortiments, das aus Osterzeugnissen stammt, nur noch mit einem Anteil von 14 % vertreten ist.

In den letzten „Politischen Berichten“ wurde über die aggressive Expansions- und Zerstörungspolitik des Spar-Konzerns berichtet. Beteiligt an der Zerstörung des traditionellen Warenstromes in den BRD-Ostländern sind alle großen Nahrungsmittel- und Handelskonzerne: Unilever, Nestle, Rewe, Coop, Edeka, Metro, Spar usw.

Der erste Schritt vor Übernahme der Läden in der DDR war die Kooperation mit oder der Kauf zu Schleuderpreisen von den alten Belieferungsunternehmen der DDR-HO. Hier machten Spar, Rewe und Edeka das Rennen. Der zweite Schritt war dann die Beseitigung des DDR-Warenassortiments, mit dem die Einzelhandelsläden beliefert werden.

Bundeskartellamts-Präsident Wolfgang Kartte verteidigt diesen Kurs:

„Das Schlagwort ‚Auslistung‘ bei ostdeutschen Einzelhandelsunternehmen stiftet offensichtlich große Verwirrung. Während in den neuen Ländern oft fälschlich davon ausgegangen wird, daß sich dahinter ein Boykott von Ost-Warenproduzenten verbirgt, weist dieser Begriff in Wirklichkeit auf nichts anderes hin, als daß der im Aufbau befindliche Lebensmittel-Großhandel mit den Ost-Lieferanten bislang nicht ins Geschäft gekommen ist, die Waren also letztlich nicht mehr auf der ‚Liste‘ der früheren HO-Geschäfte stehen ... Die Nachforschungen der Wettbewerbsbehörde hätten vielmehr ergeben, daß im ostdeutschen Lebensmittelhandel keinerlei rechtliche Hemmnisse bestünden ... Konkret bedeutet dies, Kommunikationsprobleme zwischen den bislang ausschließlich mit der Verteilung des Mangels beschäftigten Lieferanten und den — neuen — Großhändlern des Handels. Daß Lieferverträge zwischen Ost-Produzenten und den Rewe-, Spar- oder Edekaorganisationen bislang nur in Einzelfällen zustande gekommen sind, liegt offenbar daran, daß die Anbieter in den neuen Ländern sich schwertun, vertraglich vereinbarte Mengen termin- und zeitgenau anzuliefern.“ Diese Lieferanten seien, so Kartte, „allerdings durch den Crash-Kursus Marktwirtschaft

überfordert.“ (HB, 14.3.91)

Als Beispiel für die Vernichtungspolitik der alten DDR-Waren soll hier das Kaffee-Geschäft stehen. Jahrelang sind die DDR-Kaffeemarken von den westdeutschen Konzernen schlecht gemacht worden. Jetzt gibt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Kaffeeverbandes, Frieder Rotzoll, sogar zu, daß die Qualität „sich ohne weiteres mit westdeutschen Marken messen“ kann. Der DDR-Kaffee sei sogar frischer auf dem Markt als der westdeutsche. Aber den BRD-Handelsfirmen paßt die kleine Losgröße 125 Gramm im Schlaubeutel nicht, „mangelnde Regalfähigkeit“ ohne westdeutschen Standard und billiger ist er auch noch als die westdeutschen Produkte. Und den BRD-Konzernen paßt die Konkurrenz nicht. Rewe, größter Lebensmittelkonzern der BRD, Edeka oder Spar verkaufen fast nur westdeutsche Marken. Rewe-Zentral einkäufer Jörg Pegelow: „Nach Einführung der D-Mark bevorzugen die Ostdeutschen einfach anspruchsvollere Produkte aus dem Westen. Diese können dann durchaus auch mal teurer sein.“

Das Ergebnis ist: Die „Drei Streif Kaffeerösterei“ in Nordhausen/Thüringen steht ähnlich wie andere Kaffeeröstereien kurz vor der Pleite: „Vor der Wende haben wir täglich rund 16 Tonnen verkauft“, erklärt die Geschäftsführerin Erika Saemann. „Seit Anfang des Jahres liegen wir gerade mal bei 200 Kilo.“ 1990 setzten alle ostdeutschen Kaffeeröstereien nur noch 5000 Tonnen ab — aber aus den westdeutschen Kaffeeröstereien kamen 55000 Tonnen. Am Gesamtkafeeuumsatz, der auch den Vertrieb in Krankenhäusern, Gaststätten, Betriebskantinen, Bundeswehr usw. einschließt, macht der Prozentanteil der ostdeutschen Sorten nur noch rd. 2,3 % aus. Die Marken der Firma Jacobs aus Bremen liegen dagegen bei 27,3 %. (Zitate, HB, 29.4.91)

Diese rigorose Beseitigung der ehemaligen DDR-Marken aus dem Sortiment konnte nur mit der von den Handelskonzernen betriebenen Strategie — erst den Großhandel, dann den Einzelhandel — durchgesetzt werden. Die Handelsketten klagen schon, daß die westdeutschen Nahrungsmittelhersteller gar nicht mehr mit der Produktion mithalten können. Engpässe entstanden. Diese Engpässe wurden dann nicht mit der Aufnahme von ostdeutschen Waren ausgefüllt, sondern mit Preiserhöhungen bei den „Mangel“waren. (HB 17.9.90) So konnte noch ein Einschnitt gemacht werden. Der damalige Präsident des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels, Wolfgang Hinrichs, sprach dann auch von einer „Traumkonstellation der den Konsum bestimmenden Konjunkturfaktoren im Westen“. — (rub)



München. 200 Gladbecker demonstrieren am 26.4. vor Siemens gegen die Vernichtung von 980 Arbeitsplätzen. Auch in München sollen 2000 Arbeitsplätze u.a. durch Einstellung der 4-Mega-Chip-Produktion „abgebaut“ werden. Mit dem Versprechen sicherer Arbeitsplätze den freien Samstag kippen — und dann trotzdem entlassen. Flexibilisierung nach Konzernherren-Art. — (evv)



Voln. Vermehrt wurden Fälle bekannt, in denen das Sozialamt Roma 20 Prozent der Sozialhilfe mit der Begründung ihrer jugoslawischen Herkunft gekürzt hat. Eine solche Kürzung ist rechtswidrig. Trotzdem versucht die Stadt anscheinend, auf dem Wege die Lebensverhältnisse der Roma so zu erschweren, daß sie „freiwillig“ weichen. — (ulid. Bild: af/mz)

Aus Ländern und Gemeinden

Baustadtrat läßt Wohnungen zwangsbelegen

Berlin. Fünf Wohnungen mit zwischen 88 und 120 Quadratmetern hat der Wilmsdorfer Baustadtrat U. Szalay (AL) durch Zwangseinweisung belegen lassen. Die Wohnungen, die seit über sechs Jahren leerstehen, konnten erst jetzt besetzt werden, obwohl die Rechtsgrundlage, das Zweckentfremdungsbesitzungsgesetz, bereits seit einem Jahr besteht. Die Eigentümerin hatte z.B. das Haus zwischenzeitlich ihrer Schwester überschrieben, so daß das Verfahren neu beginnen mußte. 20.000 bis 60.000 DM hat das Bezirksamt zur Instandsetzung der Wohnungen ausgegeben. Zwei weitere Wohnungen konnten wegen der hohen Kosten von voraussichtlich 200.000 DM nicht hergerichtet werden. Die Mieter überweisen ihre nach dem Berliner Mietenspiegel berechneten Mieten an die Eigentümerin. Das Bezirksamt muß seine Ausgaben von dieser zurückfordern. Dabei beruft es sich auf die Pflicht der Hausbesitzer, ihre Wohnungen in bewohnbarem Zustand zu halten. Weitere Belegungen sollen in Einzelfällen folgen. Der Baustadtrat ist der Auffassung, daß 400 Häuser allein in Wilmsdorf ungenutzt leerstehen. — (chk)

Mietwucher soll sich bezahlt machen

Konstanz. Im Mai 1988 hat der „Südkurier“ enthüllt, daß „ein Konstanzer Geschäftsmann“ für die Unterbringung Obdachloser einen Mietpreis bis zu 111 DM pro Quadratmeter erzielt hat. In sechs Zimmern hat er zeitweise 24 Leute einquartiert und dem städtischen Sozialamt z.B. 2.000 DM Miete für ein 18-Quadratmeter-Zimmer in Rechnung gestellt. Die Staatsanwaltschaft Konstanz hat jetzt entschieden, diesen krassen Fall von Mietwucher nicht als Straftat einzustufen, sondern dem Rechts- und Ordnungsamt zu übergeben, das einen Bußgeldbescheid bis zu 50.000 DM ausstellen könne. Der Rechtsanwalt, der die Strafsache mit eingeleitet hat, will Beschwerde einlegen. — (aus Kommunalberichte Konstanz, chb)

„Rechtsunsicherheit“ bei Gewerbesteuererhöhung

Soltau. Mit den Stimmen von CDU und rechter Bürger-Union (ehemals FU) verschiebete der Soltau Stadtrat den Haushaltsplan 1991. Eine vorher im Gespräch gewesene Anhebung der Gewerbesteuer um 20-30 % wurde abgelehnt. Die CDU-Fraktion begründete es damit, daß eine Gewerbesteueranhebung bei „Rechtsunsicherheit“ führen würde. Mienaufstockung hatte die CDU abgelehnt, auch wenn dies zu Leistungsabbau führe. Als weiterer Schritt zur Beseitigung aller Unsicherheiten von Industrie, Handel und Gewerbe lehnte die CDU / CDU-Mehrheit den Bau einer geplanten dringend notwendigen vierten Kindertagesstätte ab. Stattdessen empfahl die CDU Verhandlungen mit freien Trägern, so der katholischen Kirche. Auf dann die Kinder fromm, gottesfürchtig und staatsuntertänig in späteren Jahren die Beschlüsse des Stadtrats zum Wohle der Wirtschaft im Nachhinein machen können! Für den Sozialaus- liegt jetzt ein Antrag auf Erhöhung der Kindergartenbeiträge von 87 auf 110 bzw. 120 DM für einen Tagesplatz vor. — (sts)

1995 fehlen in Niedersachsen 190.000 Wohnungen

Hannover. Nach einer von der Landesregierung beim Pestel-Institut in Auftrag gegebenen Studie steigt das Defizit an Wohnungen von 1989 106.000 auf 190.000 im Jahre 1995. Den größten Nachholbedarf haben demnach die Regionen Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter und Osnabrück. 1995 wird sich der Schwerpunkt der Wohnungsnot auf Hannover und Umland verlagert haben. Dort werden dann 19.000 Wohnungen fehlen. Betroffen sind nach der Studie vor allem junge Erwachsene. Zwei Drittel der Wohnungslosen seien jünger als 25 Jahre. Niedersachsen will in diesem Jahr den Bau von 10.500 Mietwohnungen bezuschussen, die Förderungsdauer wurde auf 20 Jahre heraufgesetzt, dennoch ein Tropfen auf den heißen Stein. — (rec)

Fünf Hausdurchsuchungen in Nürnberg wegen § 129a

Nürnberg. Am 30.4.91 fahndete das Bayerische LKA in sieben Wohnungen und einer Arbeitsstätte in Nürnberg nach den Verfassern der Flugblätter zur Demonstration am 6.4.91 gegen die Zwangspsychiatisierung von Sven. Außerdem suchte man nach den Reden zu dieser und einer früheren Demonstration, in denen Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand gefordert wurde. Es scheint darum zu gehen, die Zusammenlegungsforderung an sich zu kriminalisieren. Indiz dafür ist auch, daß Rolf Heißler das Angehörigen-Info wegen angeblich konspirativer Herstellung vorenthalten wird. — (ecg)

Nahverkehrsabgabe von den Kapitalisten!

Hamburg. HVV-Direktor Runkel hat vorgeschlagen, daß alle Hamburger Betriebe mit über zehn Beschäftigten eine Nahverkehrsabgabe zahlen sollten, um Verbesserungen bei Bus und Bahn zu finanzieren. 1 % der Lohnsumme dieser Betriebe entspräche 200 Mio. DM jährlich. Damit sollten die Unternehmen „die Erreichbarkeit ihrer Arbeitsplätze fördern.“ In Paris sei das seit zwanzig Jahren üblich. Die Kapitalisten heulten sofort auf; die Hamburger Sparkasse rechnete mehrere Mio. DM Zusatzkosten vor, die anderweitig eingespart werden müßten, Karstadt-Geschäftsführer Münstermann droht mit höheren Preisen. FDP-Wiegand sieht die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Firmen gefährdet, und der Abendblatt-Kommentator fürchtet gar Firmenabwanderungen aus Hamburg. Umweltsenator Kubbier (SPD) verkündet, er begrüße die Initiative Runkels für eine Nahverkehrsabgabe. In seiner Stellungnahme vom 11.4. verdreht er sie jedoch sogleich in ihr Gegenteil: Nicht mehr die Firmen sollen zahlen, die den Nutzen von der Erreichbarkeit durch Arbeitskräfte und Kunden haben, sondern „die Autofahrer“, also im wesentlichen die Arbeitskräfte, die ihre Arbeitsplätze über immer weitere Entfernungen erreichen müssen. Die Einführung einer solchen Abgabe will der Senat jetzt prüfen; Kubbier weist darauf hin, daß auch der baden-württembergische Ministerpräsident Teufel (CDU) dies vorhat. Unter der Flagge der Ökologie soll den Lohnabhängigen eine weitere Last zum Nutzen der Kapitalisten aufgebürdet werden. — (ulj, uga)

Kein Dach über dem Kopf mehr für Arme

Die Mietbelastungen sind für arme Leute nicht mehr tragbar

Hamburg. 50.000 Menschen sind inzwischen wohnungslos, das heißt, sie haben nichts mehr, nicht mal ein eigenes Bett. Die Wohnungslosigkeit hat viele Gründe: der aktuelle ist aber meist, daß die Miete nicht mehr gezahlt werden kann und eine neue billige Wohnung nicht mehr zu finden ist. 68 % aller Wohnungslosen geben denn auch Mietschulden

als Ursache dafür an, daß sie kein Dach über dem Kopf mehr haben. Es fehlt also vor allem an preiswerten Wohnungen. Hamburg hat in den letzten 10 Jahren kaum mehr als 2.000 Wohnungen jährlich neu gebaut, dem steht ein Verlust durch Abriß oder Umwandlung in Eigentumswohnungen von mehr als 5.000 Wohnungen jährlich gegenüber.

Die Hamburger Steuerstatistik weist für 1986 folgendes aus: Knapp 37 % aller Hamburger Haushalte hatten ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von unter 25.000 DM. In dieser Einkommensgruppe können die Menschen mittlerweile ihr Dach über dem Kopf nicht mehr selbstständig finanzieren. Das zeigt die Wohngeldstatistik 1989. In der Einkommensgruppe bis zu 25.000 DM Jahreseinkommen liegen über 90 % aller Haushalte, die Wohngeldleistungen beziehen müssen. In Hamburg sind dies 84.000 (1989). Schätzungen gehen allerdings davon aus, daß nur die Hälfte aller Anspruchsberechtigten überhaupt Leistungen erhält.

Preise ab 6 DM pro qm sind hier nicht mehr bezahlbar, dabei sind die Wohnungen keineswegs groß, im Schnitt um die 50 qm. Die Mietbelastung von Wohngeldhaushalten beträgt inzwischen bereits zwischen 30 % und 40 % des zur Verfügung stehenden Einkommens, während sie im Durchschnitt aller Hamburger Haushalte bei etwas über 20 % liegt. Durch Wohngeldanpassung gelingt es immer nur kurzfristig, die Mietbelastungen der Haushalte zu senken auf zwischen 25 und 30 % des Einkommens. Im Jahresdurchschnitt der 80er Jahre sind die Mieten in Hamburg im Schnitt um 8 % gestiegen, die Wohngeldanpassungen folgen dagegen dieser Entwicklung nur schleppend, immer wieder kommt es sogar zu Senkungen der durchschnittlichen monatlichen Wohngeldzahlungen, so z.B. von Dezember 1987 mit noch 167 DM auf nur noch 127 DM im Dezember 1989. Wenn sich die bisherige Wohngeldregelung und Miet-

preisentwicklung gleichbleibend fortsetzt, dann wird bereits 1995, dies belegt eine Studie der GEWOS, die Mietbelastung der Haushalte mit einem Einkommen zwischen 1.000 und 1.500 DM monatlich 52 % betragen.

Und es ist kein Ende abzusehen. Im Gegenteil, der Markt an preiswerten Wohnungen wird sich dramatisch verkleinern. In Hamburg gab es 1987 noch ca. 27.000 Sozialwohnungen, von diesen sind ungefähr 77 % älteren Datums und damit noch ziemlich billig. Bis zum Jahre 2000 werden zwei Drittel davon aus der Mietpreis- und Sozialbindung gefallen sein. Die Miete wird sich dann nicht mehr nach den erheblich billigeren Finanzierungsbedingungen der 50er und 60er Jahre richten (Kostenmiete), sondern nach dem Markt. Übrig bleiben die deutlich größeren, teuren Sozialwohnungen der 70er und 80er Jahre, deren Endkostenmiete nach 20 Jahren sich auf 26 DM pro qm belaufen wird und die bereits jetzt teilweise auf Preise unter 10 DM heruntersubventioniert werden müssen, weil sie sonst nicht mehr vermietbar sind. Haushalte, die sich Kaltmietbelastungen von 10 DM und mehr pro qm leisten können, ziehen andere Wohnviertel vor. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen, die jetzt nach Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit nicht mehr an die Kostenmietregelung gebunden sind, realisieren in Hamburg im Moment Mieterpreiserhöhungen von bis zu 2 DM pro qm für ehemalige Sozialwohnungen. Das bedeutet im älteren Sozialwohnungsbestand Mieterhöhungen von bis zu 30 %. Die Begrenzung

dieser Erhöhungen auf 5 % jährlich streckt diesen Prozeß nur zeitlich ein wenig. Sie sind aber auch dabei, lukrative Wohnanlagen zu verkaufen.

Die offensichtliche Folge dieser dramatischen Verknappung von billigem Wohnraum bei gleichzeitig sich weiter ausbreitender Armut sind Räumungsklagen, gefolgt von Wohnungslosigkeit. Es liegen aus älteren Jahren keinerlei Zahlen vor. Ein Ansatzpunkt ist, daß 1990 allein die drei Wohnungsunternehmen SAGA, GWG und WVN 2.700 Räumungsklagen angestrengt haben. Da diese Unternehmen aber nur über einen Bruchteil aller Wohnungen verfügen und zudem aufgrund ihres hohen Anteils an Sozialmietern bessere Kontakte zu Sozialämtern haben, dürfte die Zahl der jährlich durchgesetzten Wohnungsräumungen im Gesamtbestand um ein Vielfaches höher liegen.

Die Stadt nutzt dagegen keines der ihr zur Verfügung stehenden Mittel, das Verschwinden billigen Wohnraums zu stoppen: Sie macht kaum von der Möglichkeit Gebrauch, Gebiete mit billigem Wohnraum unter Erhaltungszwang zu stellen, sie forciert die Umstrukturierung der westlichen Innenstadt in ein Verkaufs-, Vergnügungs- und Geschäftsgebiet und nimmt dabei die Vernichtung von billigem Wohnraum bewußt in Kauf, sie betreibt den Verkauf von Wohnungen aus dem städtischen Besitz, sie verhindert nicht per Verordnung das vorzeitige Auslaufen der Sozialbindung.

Quellen: Standpunkt Sozial 1/90; Stat. Landesamt Hamburg, Wohngeldstatistik; Mieter helfen Mietern 4/91 — (mck)



Von den 50.000 Menschen ohne Wohnung sind in Hamburg ungefähr 5.000 ohne jedes Dach über dem Kopf: das bedeutet Schlafen in Zelten, unter Brücken, in Hütten oder — wie auf dem Bild — im Dezember 1990 auf gespendeten Luftmatratzen in einer Pfarrkirche.

Arbeitsgruppe Kommunalpolitik in der PDS

Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit soll in der PDS an Bedeutung gewinnen

Leipzig. Ausgehend von der Festlegung des 2. Parteitag der PDS, zu wichtigen Gebieten der Arbeit der PDS Arbeitsgruppen aus Parteitage delegierten und weiteren Interessierten zu bilden, konstituierte sich am 22. März die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit.

Einig waren sich die 33 Teilnehmer darin, daß die Kommunalpolitik ein dominierendes Politikfeld der PDS sein kann. Übereinstimmung gab es aber auch zur Feststellung, daß in der Praxis sehr wenig in dieser Richtung passiert und die etwa 10.000 Abgeordneten mit dem Mandat der PDS noch zu wenig in das politische Wirken der Gliederungen der PDS eingebunden sind.

Aus diesem Grund stellte sich die Arbeitsgruppe die Aufgabe, an einer soliden Konzeption linker Kommunalpolitik, mit der die PDS ihre Politikfähigkeit im Bürgerinteresse praktisch unter Beweis stellen kann, zu arbeiten. Daneben sollen effektivere Schritte zur Erhöhung der Sach- und Rechtskenntnis der Abgeordneten der PDS, ebenso wie Überlegungen zur wirksameren Unterstützung

der parlamentarischen Arbeit durch außerparlamentarische Aktionen und des noch besseren „Zusammenfädelns“ der Tätigkeit von Abgeordneten und Fraktionen der PDS mit den Basisgruppen ihres Wahlkreises, das Wirken der Arbeitsgruppe bestimmen.

Konkret wurde festgelegt: — In den nächsten beiden Beratungen — am 3. und am 31. Mai — erfolgt anhand des kommunalpolitischen Leitantes an den 2. Parteitag eine Grundsatzdiskussion zur Herausarbeitung einer kommunalpolitischen Konzeption der PDS. Die Ergebnisse sollen unmittelbar in die 2. Sitzung des 2. Parteitages eingehen.

Bei der Arbeitsgruppe werden vorerst die Fachgebiete Kommunalverfassungsrecht, Kommunalfinanzen, Gemeindeentwicklung, Kommunale Sozialpolitik, Kommunalwirtschaft und parlamentarische Arbeit/Bürgerbewegungen, -initiativen gebildet. Jedes AG-Mitglied sollte sich für die Mitarbeit in einer Fachgruppe entscheiden. Weitere Interessenten sind gern gesehen.

Für September/Oktober wird ein erstes Parlamentartreffen der PDS vorbereitet. Einer seiner Schwerpunkte: Standpunkt der PDS zur Gemeinde- und Kreisreform.

In Zusammenarbeit mit dem „kommunalpolitischen forum“ werden besonders auf Wahlkreisebene Bildungs- und Schulungsveranstaltungen zu kommunalpolitischen Schwerpunktthemen angeboten, so zur kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung.

Zum kommunalpolitischen Sprecher der PDS wurde das Mitglied des Parteivorstandes, Prof. Dr. Heinz Bartsch gewählt.

Angeregt wurde auf der 2. Beratung der Arbeitsgruppe am 3. Mai darüber diskutiert, ob durch die PDS der angestrebte massenhafte Verkauf von kommunalen Wohnungen an die jetzigen Mieter befürwortet oder verurteilt wird. Einig waren sich die Teilnehmer über Grundforderungen, die bezüglich des weiteren Umgangs mit dem kommunalen Wohnungsbestand durch die PDS einzufordern sind. — (sta)

Die Grünen — ein trauriger Rest

Strukturreform in Neumünster: Die Grünen effektiv für diesen Staat/Linke denken an Aufbau einer eigenen Organisation

Ein verwirrendes Bild bot die Bundesversammlung der Grünen in der Öffentlichkeit. Einerseits beklagten sich Realos und Aufbruch, mit ihrem Führungstrio Antje Vollmer/Hubert Kleinert/Vera Wollenberger gescheitert zu sein, andererseits erklärte Jutta Ditfurth für die Ökologische Linke: „Die Grünen sind nicht mehr unsere Partei.“ Folgender Artikel stellt die Ökologische Linke und ihre Positionen vor, beschreibt und bewertet die Ergebnisse des Grünen Parteitags. Die Bundesversammlung ist für uns ein

großer, nicht mehr rückgängig zu machender Schritt der Grünen nach rechts. Er läßt es uns unsinnig erscheinen, weiter in den Grünen für antikapitalistische und feministische Politik zu kämpfen. Deshalb werden wir am 11. und 12. Mai kollektiv überlegen, ob und in welcher Form eine eigenständige Organisation sinnvoll ist. Es geht uns darum, daß die Erfahrungen, die Linke und Feministinnen mit den Grünen gemacht haben, nicht verloren gehen, sondern sie in den Widerstand gegen die Ausbeutung von Mensch

und Natur einzubringen. Wir — die AutorInnen dieses Artikels — arbeiten in der Ökologischen Linken mit, sind aber keine autorisierten SprecherInnen. Eine Rücksprache war in der Kürze der Zeit nicht möglich. Trotzdem hoffen wir, im wesentlichen für die große Mehrheit der Ökologischen Linken zu sprechen. Auf der gegenüberliegenden Seite sind in Auszügen der Grundsatzbeschlüsse der Bundesversammlung und unsere unterlegenen Anträge gegenübergestellt.

Am 16. 12. 90 trafen sich linke Grüne und Nicht-mehr-Grüne in Frankfurt, um über die Konsequenzen der Bundestagswahl und die politischen Arbeitsmöglichkeiten für Linke zu beraten.

Ökologische Linke, Forum der RadikalökologInnen, ÖkosozialistInnen, Feministinnen innerhalb und außerhalb der Grünen nennen wir uns vorläufig. Einen Arbeitsausschuß, besetzt mit je einer/m VertreterIn aus den Bundesländern, stellt eine lockere Vernetzung her.

Bisher arbeiteten wir vor allem auf die Bundesversammlung in Neumünster hin, um dort unsere Positionen, die der Rechtsentwicklung der Grünen entgegenstehen, offensiv zu vertreten.

Perspektiven

Viele von uns sehen nach der Bundesversammlung in Neumünster keine Perspektive mehr für eine Arbeit in den Grünen. Bei einem bundesweiten Treffen am 11./12. Mai in Frankfurt wird es deshalb — neben inhaltlichen Diskussionen — auch um den Aufbau einer eigenen organisatorischen Struktur gehen. Wie eine solche Organisation aussehen und an welchen inhaltlichen Schwerpunkten sie arbeiten wird, ist noch nicht entschieden. Das hängt nicht zuletzt von der Beteiligung an dem Frankfurter Treffen ab.

Allerdings haben wir bereits versucht, unsere Ansprüche an eine solche Organisation zu formulieren:

„(...) — Wir brauchen eine radikalökologische, antikapitalistische und soziale Organisation, deren Aufgabe es ist, gegen die Vernichter und Ausbeuter von Mensch und Natur hier und im Trikont zu kämpfen und Widerstand zu organisieren. Es gibt keine Lösung ökologischer Probleme getrennt von der Lösung sozialer Probleme. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Vernichtung der Natur entstammen derselben raub-

beuterischen kapitalistischen Produktionsweise, die die Zukunft ignoriert. Radikale ökologische Politik betreibt keine hilflose nachsorgende Umwelttechnik, sondern verlangt nicht weniger als die radikale Veränderung der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise. Wir sind politisch überflüssig, wenn wir nicht auf der Seite der Erniedrigten und Beleidigten stehen und nicht mehr zwischen Tätern und Opfern zu unterscheiden wissen.

— Nur eine politische Organisation, die feministisch ist, hat eine Zukunft. Die Frauenquote bei den Grünen von mindestens 50 Prozent ist eine selbstverständliche Bedingung feministischer Politik. Feministische Politik bedeutet den politischen Kampf für die Selbstbestimmung von Frauen und gegen ungeschützte Arbeitsplätze, Armut und Diskriminierung. Und eine linke politische Organisation muß sich bewußt sein, daß sie die real existierenden patriarchalen Herrschaftsstrukturen in Frage zu stellen und sich nicht in ihnen einzurichten hat.

— Eine radikalökologische Organisation muß antimilitaristisch und internationalistisch sein. Wir wehren uns gegen jeden Einstieg in militaristische Logik. Frieden bedeutet nicht nur die Entmilitarisierung im Inneren und die Forderung nach dem vollständigen Verbot jeglicher Rüstungsproduktion, sondern auch die Aufhebung der internationalen Herrschaftsverhältnisse, die einen andauernden „Dritte-Welt“-Krieg verursachen, dessen Waffen meistens ökonomische sind.

— Es ist eine basisdemokratische Organisation nötig. Wir versuchen, unseren politischen Anspruch auf Befreiung und Emanzipation des Menschen auch in unseren politischen Organisationen zu praktizieren. Gegen autoritäre und zentralistische Strukturen setzen wir die Erneuerung und Ausweitung einer emanzipatorischen und basisdemokratischen Kultur. Die Vergangenheit der deutschen Linken in Ost und West zeigt, daß eine emanzipatorische Politik nur basisdemokratisch zu machen ist. Wir brauchen keine Elite, denn wir haben bewiesen, daß wir es vielen Menschen ermöglichen können, politische Fähigkeiten zu erlernen.

— Es ist eine politische Organisation als Teil der politischen Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse nötig. Als unsere Aufgabe sehen wir in nächster Zeit vor allem die Unterstützung all jener Ansätze, denen an einer Vernetzung der sozialen Bewegungen gelegen ist: von der Entwicklung von Kommunikationsstrukturen, Aufbau von Gegenöffentlichkeit und theoretischer Auseinandersetzung bis zur gemeinsamen politischen Aktion.

Grundlage unseres politischen Handelns ist die Erkenntnis, daß wir diese Gesellschaft nur verändern, wenn wir gesellschaftliche Gegenmacht organisieren, mit allen Menschen und Initiativen, denen an diesen Veränderungen gelegen ist. Die Kraft für unsere politische Arbeit und für die Durchsetzung radikaler Reformen beziehen wir, ganz im Sinne Ernst Blochs, aus der Vermittlung dieser kleinen (Reform)Schritte mit unserer konkreten Utopie einer herrschaftsfreien, solidarischen, ökologischen Gesellschaft, in der die Natur so befreit ist wie der Mensch. (...)“ (aus unserem Grundsatzantrag auf der Bundesversammlung)

Die Bundesversammlung in Neumünster

In den Medien wurde der grüne Parteitag meist als Niederlage der Parteirechten dargestellt. Der Verlauf der Versammlung rechtfertigt diese Einschätzung nicht. Sich als Verlierer hinzustellen, war schon in den letzten Jahren ein Mittel der Realos, die Partei über den anschließenden Mitleidseffekt noch weiter nach rechts zu drängen. Neumünster ist weder Beginn noch Endpunkt, aber ein großer Schritt auf dem Weg der Grünen zu einer staats-tragenden, von FunktionärInnen beherrschten Partei. Diese Einschätzung bestätigt auch Udo Knapp, Ideologe der Parteirechten und bekannt geworden durch die Befürwortung eines Bundeswehrein-satzes am Golf:

„(...) Antje Vollmer und Hubert Kleinert haben in Neumünster die letzte der Realo-Fundi-Schlachten, wie nahezu jede in den letzten Jahren, verloren. Das ist schade für die beiden und für die Partei. Doch Aufbruch und Realos haben in allen Sachentscheidungen mit nur knapp verfehlten Zweidrittelmehrheiten stabilen Rückhalt für eine pragmatische, ökologische Reformpolitik gefunden. In allen Sachfragen und bei der Formulierung einer gemeinsamen politischen Erklärung war die scharfe Abgrenzung zu antikapitalistischer Erregung und Linksradikalismus Mehrheitskonsens. Der Basisdemokratismus wurde ebenso aufgehoben wie die Rotation abgeschafft. Ohne viel Federlesens wurde der Radikalfeminismus mit einer Resolution aufgehoben, die noch vor einem Jahr als Verrat an jeder Befreiung der Frauen keinerlei Chance auf eine Mehrheit gehabt hätte. Die neun



Schon auf der Bundesversammlung war deutlich zu lesen, was die neuen Grünen nach Auffassung der „Ökologischen Linken“ sind: kapitalistisch — hierarchisch — staatstragend — postengelig.

Stimmen, die zur Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat bis zur Zweidrittelmehrheit fehlten, sind bei der nächsten Versammlung sicher zu bekommen. (...)“ (Udo Knapp in der taz vom 30.4.91)

Neben den von Knapp angeführten Punkten versperrt uns die Einrichtung eines sog. Länderrats die Arbeitsmöglichkeit in den Grünen. Der Länderrat ist höchstes Gremium zwischen den Parteitag, Landtag, Bundestag, Europaparlament vertreten. Hier ist die Trennung von Amt und Mandat aufgehoben worden. Die Beschlüsse des Länderrats sind für den Vorstand bindend. Damit verstärkt sich die Macht von Funktionärscliquen und Abgeordneten, die ihre Politik meist an die „Sachzwänge“ der Parlamentsarbeit anpassen. Die rechten „Länderfürsten“ (z.B. Joschka Fischer) können jetzt auch die Bundespolitik im wesentlichen bestimmen.

Effektiv für wen oder was?

Die neuen Strukturen wurden mit dem Argument durchgesetzt, die Grünen müßten effektiver werden. Wenn es darum geht, die Grünen zum hoffähigen Koalitionspartner zu machen, dann sind diese Strukturen effektiv. Wenn es darum geht, die Grünen zur Versorgungseinrichtung für ein paar Berufspolitiker zu machen, dann sind diese Strukturen effektiv. Sie sind auch ein effektives Mittel in der Hand derjenigen, die aus den Grünen eine opportunistische, brave Partei machen wollen.

Aber diese Strukturen taugen nicht, um viele Menschen an der Politik zu beteiligen, sie taugen nicht, die Anpassung der Abgeordneten an den Parlamentsbetrieb zu verhindern, sie taugen nicht für Menschen, für die Demokratie mehr ist als das Ankreuzen von Stimmzetteln oder Heben von Stimmkarten.

Auch wenn wir für unsere Positionen schon lange keine Mehrheiten mehr in den Grünen fanden, so war es dennoch möglich, über die Grünen an die Öffentlichkeit zu gehen und in einzelnen Bereichen gute inhaltliche Positionen zu erarbeiten. Das wird mit den beschlossenen zentralistischen und hierarchischen Strukturen nicht mehr möglich sein. Diese Strukturen bedeuten einen qualitativ neuen Schritt in der Entwicklung der Grünen und sind das entscheidende Ergebnis dieser Bundesversammlung.

Die Rechtsentwicklung der Grünen findet nicht nur auf Bundesebene statt: in den meisten Landesverbänden ist sie sogar noch weiter fortgeschritten. In vielen Landesverbänden gibt es bereits hierarchische Strukturen als auf Bundesebene. In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ist die Trennung von Amt und Mandat bereits aufgehoben, in anderen Ländern entsprechende Strukturveränderungen auf den Weg gebracht. In Hamburg — einem ehemals linken Landesverband — verbreitet ein grüner Kandidat zur Bürgerschaft rassistisches Gedankengut und ÖDPLer kandidieren für die Grünen in Hamburg-Harburg. Dort sind inzwischen die meisten Linken aus der Partei ausgetreten.

Versöhnung mit dem realen Kapitalismus
Neben den Strukturreformen nahm die Bundesver-

sammlung in einem Grundsatzpapier antikapitalistische und feministische Positionen zurück und verkündete einen „neuen Grundkonsens“. Ein Konsens ohne uns. Eine Gesellschaftsanalyse wird darin nicht versucht, stattdessen wird von „hochkomplexen“ Systemen geschwafelt, die nur mit Reformen verändert werden könnten. Das System, unter dem wir leben, scheint für die AutorInnen so komplex zu sein, daß sie nicht mehr zwischen Tätern und Opfern unterscheiden können. Stattdessen ist Versöhnung angesagt. Versöhnung zwischen Nord und Süd statt Kampf gegen Imperialismus, Versöhnung zwischen Mensch und Natur statt Kampf gegen die Chemieindustrie, Versöhnung von Mütterideologie und Beruf für Frauen statt Kampf gegen das Patriarchat. Versöhnung in einem europäischen Sicherheitssystem statt Austritt aus der Nato.

Freilich, noch fördern die Grünen Veränderungen in unserer Gesellschaft, sie sehen sich sogar noch irgendwo auf der linken Seite der Parteienlandschaft. Diese Einordnung scheint uns dem marktwirtschaftlichen Instinkt der Delegierten zu entspringen. In den Wahlwerbeschlachten ist einfach nur diese Marktlücke, nur dieses Produktimage frei.

Vorzeigepersonen

Daß mit Ludger Volmer und Christine Weiske zwei SprecherInnen gewählt worden sind, die sich „links“ nennen, ist für uns bei dem Zustand der Grünen kein Trost. Insbesondere Ludger Volmer unterscheidet sich von Realos und Aufbruch vor allem dadurch, daß er der gleichen Politik das Prädikat links verleiht. Er formulierte zusammen mit Realos die verabschiedete Grundsatzerklärung. Seinen „linken“ Erfolg machte er daran fest, daß „nur“ Regierungskoalitionen mit der SPD angestrebt werden, nicht Koalitionen allgemein.

Die „gemäßigte Linke“ um Ludger Volmer hat es aufgegeben, eigenständige, linke Positionen auch nur zu formulieren. Stattdessen formulieren sie mit an der opportunistischen Politik von Aufbruch und Realos. Das läßt uns keinerlei Hoffnungen in diese Art von „Linken“ setzen.

Der nächste Schritt

Es genügt uns nicht, individuell Konsequenzen der Entwicklung der Grünen zu ziehen, wie z.B. Renate Damas, bisher Vorstandssprecherin der Grünen: sie kündigte noch auf dem Parteitag ihren Rückzug aus der Parteiarbeit an. Leider sind schon viele Linke, die in der Vergangenheit die Grünen verließen, in der politischen Versenkung verschwunden, haben sich ins Privatleben zurückgezogen oder machen nur sporadisch und vereinzelt Politik.

Wir werden kollektiv beraten, wie wir politisch weiterarbeiten wollen. Deswegen haben wir ein bundesweites Treffen am 11./12. in Frankfurt organisiert (siehe Kasten). Alle Menschen, die ähnlich denken wie wir und politisch in die gleiche Richtung arbeiten wollen, sind eingeladen. Das gilt ausdrücklich auch für Leute, die nicht in den Grünen gearbeitet haben oder schon seit langem ausgetreten sind.

— (Karin Döpke, Ferdinand Muggenthaler)

ÖKOLOGISCHE LINKE FORUM DER RADIKALÖKOLOGIN- NEN, ÖKOSOZIALISTINNEN, FEMI- NISTINNEN INNERHALB UND AUSSERHALB DER GRÜNEN

Einladung: Raus oder Rein, was und wie?

Perspektiven der Ökologischen Linken nach der Grünen Bundesversammlung am 11./12. Mai 1991, Frankfurt

Wir laden alle, die sich der Ökologischen Linken zugehörig fühlen, RadikalökologInnen, ÖkosozialistInnen, Feministinnen, AntimilitaristInnen, InternationalistInnen, AnarchistInnen, BasisdemokratInnen usw. ein, miteinander zu diskutieren:

— Wie sieht unser Verhältnis zu den Grünen aus — nach der Bundesversammlung in Neumünster?

— Verlassen wir die Grünen oder bleiben wir drin? Wenn letzteres: Wie?

— Falls wir von den Realos und dem Aufbruch rausgespalten werden: Wie organisieren wir uns?

— Wie sieht — so oder so — unser Verhältnis zu den Bewegungen, Initiativen und anderen politischen Organisationen und zu parlamentarischer Arbeit aus?

— Politische Strategie, theoretische Auseinandersetzungen, Aktionen, Kommunikationsprojekte, Organisationsstruktur.

Zeit: 11./12. Mai 1991, Samstag 13 Uhr bis Sonntag 15 Uhr

Ort: großer Saal, Bürgertreff Gutleut, Rottweilerstr. 32 (um die Ecke vom Rottweilerplatz), 6000 Frankfurt, Tel. 069 / 233661

Weg: Per Bahn: Vom Hauptbahnhof zu Fuß 5 Min: Hbf Ausgang Südseite - Karlsruherstr. - rechts in die Gutleutstr. - bis Werftstr. - rechts in die Rottweilerstr.

Schlafplätze: Bitte besorgt Euch selbst Schlafplätze, wir können nur eine begrenzte Zahl organisieren, notfalls meldet Euch vorher bei uns an.

Kontaktadressen:

Manfred Zieran, Neuhoferstr.42, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 069 / 599270
Manon Tuckfeld, Gangstr. 6, 6000 Frankfurt am Main 60, Tel. 06109 / 21016

Geld: Wir brauchen Geld für die Konferenz. Bitte überweist rasch!

Konto: Manon Tuckfeld, Stichwort „ÖkoLi“, Bergen Enkheimer Volksbank eG, BLZ: 50093200, Kto.-Nr. 10055213

Der Arbeitskreis „Politische Berichte“ verabschiedete Arbeitsgrundsätze und statuarische Bestimmungen, beschloß, die Beilage wie bisher in den „Politischen Berichten“ beizulegen, bestimmte den Herausgeberkreis und bestätigte die Redaktion und die Gliederungsabschnitte. Die nächste Konferenz des Arbeitskreises wird am Sonntag, den 10. November 1991, stattfinden. Der Arbeitskreis „Politische Berichte“ ist über die Herausgeber zu erreichen. — (Berichterstattung chf)

Entschädigung für Zwangsarbeiter!

Interessengemeinschaft fordert Zahlung durch Konzerne

Am 15. Mai findet vor dem Oberlandesgericht München der Berufungsprozeß der ehemaligen Siemens-Zwangsarbeiterin Waltraud Blass gegen den Elektrokonzern statt. In der ersten Instanz hatte das Landgericht München I die Ansprüche von Waltraud Blass aus ungerechtfertigter Bereicherung, wegen unerlaubter Handlung und Schadensersatz mit der Begründung abgelehnt, zivilrechtliche Ansprüche verjähren spätestens in 30 Jahren. Wir dokumentieren aus den Informationen der „Interessenge-

meinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime“ und der „Lagergemeinschaft Ravensbrück der BRD“ vom 21. April. In Stuttgart findet eine Informationsveranstaltung statt am 10.5.91, 20 Uhr, Kommunales Kino (beim Planetarium) zum Thema: „Völkermord und Kriegsverbrechen dürfen sich nicht auszahlen.“; in München am 14.5.91, 19.30 Uhr, Kreuzkirche/Gemeindesaal (Hiltenspergerstr. 55, 8000 München 40) zum Thema: „Das Haus Siemens und die Zwangsarbeiter“. — (zem)

Fünf von rund 40 deutschen Konzernunternehmen, die während des Zweiten Weltkrieges in- und ausländische Zwangsarbeiter beschäftigten, zahlten im Zeitraum 1958-66 insgesamt 50,5 Mio. DM als Entschädigung an die jüdische Claims Conference. Siemens war einer dieser Konzerne und zahlte sieben Mio. DM. Alle Unternehmen betonten, die Zahlung ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zu leisten und machten gleichzeitig geltend, daß damit Ansprüche einzelner Geschädigter endgültig abgegolten seien. In der Tat haben wenige Geschädigte deutscher Unternehmen unter der Nazi-Kriegswirtschaft Ansprüche geltend gemacht; denn seit 1953 stellt sich der bundesdeutsche Staat schützend vor diese Unternehmen. Eine „endgültige“ Regelung für die Millionen ausländischer, vorwiegend polnischer und sowjetischer Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen verschiebt die Bundesregierung seither auf den Zeitpunkt des Abschlusses eines Friedensvertrages (seit März 1991 verwirklicht); deutsche Opfer der Zwangsarbeit hat sie von vornherein aus dem Bundes-Entschädigungsgesetz (BEG) und dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz (AKG) ausgeschlossen.

Zum 40. Jahrestag des deutschen Zusammenbruchs, am 8. Mai 1985, erinnerte Bundespräsident von Weizsäcker an das Leid der Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg. Seither gab und gibt es erneut einige Initiativen der parlamentarischen Opposition, eine Versöhnung mit den vergessenen Opfern des Nazi-Terrors herbeizuführen. Alle Initiativen wurden von der CDU/CSU und der FDP abgelehnt. Im August 1991 — fünf Jahre nach den ersten Initiativen und zwei Legislaturperioden später — will die Bundesregierung einen Bericht vorlegen, welcher die Möglichkeit der Einrichtung eines Entschädigungsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter zusammen mit den Rechtsnachfolgern der damals begünstigten Unternehmen darstellen soll. Noch am 28. Februar 1991 hat Bundeskanzler Kohl eine Entschädigung für Zwangsarbeiter unter der Nazi Herrschaft abgelehnt.

1990 hat eine Klärgemeinschaft ehemaliger Siemens-zwangsarbeiterinnen des KZ Ravensbrück Klage auf Entschädigung gegen die Firma Siemens erhoben.

Zum Beispiel: Der Siemens-Konzern

Das Landgericht München hat die Klage im Juli 1990 wegen Verjährung abgewiesen. Es hat aber unberücksichtigt gelassen, daß der Bundesgerichtshof in der Vergangenheit alle Klagen auf Entschädigung von Nazi-Zwangsarbeit abgelehnt hat, weil nicht die beklagten Unternehmen, sondern das politische System für die Zwangsarbeit verantwortlich gewesen sei. Die Beweismittel im Siemens-Prozeß besagen jedoch eindeutig, daß die damaligen Siemens-Betriebe — wie alle Unternehmen — Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen anforderten, wegen der Überlassung mit dem Wehrverwaltungs-Hauptamt der SS Verträge schlossen und sie

meist persönlich unter den Lagerinsassen aussuchten. Die Lagerverwaltungen berechneten „Überlassungsgeld“; die Unternehmen übernahmen die Verpflegung zu den schlechtesten Bedingungen. In Ravensbrück und anderen Konzentrationslagern betrug die durchschnittliche Lebenserwartung der Gefangenen neun Monate!

Die Begründung des Siemens-Konzerns für seine ablehnende Haltung zur Entschädigung entspricht nicht den Tatsachen. Der Konzern gibt inzwischen zu, daß damals Absprachen mit der SS bezüglich der Überlassung von Lagergefangenen getroffen wurden. Jedoch behaupten die Siemens-Anwälte, daß nach einer gewissen Zeit das Recht der Anspruchstellung erlösche. Der Gesetzgeber wolle das so, und zwar wegen des Grundsatzes des irgendwann eintretenden Rechtsfriedens. Dem gab das Landgericht München statt mit einem simplen Trick: die Klägerin sei vom Siemens-Konzern in keiner Weise gehindert worden, den Anspruch vor Ablauf der Verjährungsfrist zu stellen. Daß die Beweislast sich inzwischen geändert hat, erkannte das Gericht nicht an. Bis heute hat Siemens auf die Aufforderung, das Firmenarchiv zur Aufhellung der Beweislast zu öffnen, nicht reagiert.

Die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter ist nicht nur eine Frage des Geldes. Es geht um die Anerkennung von Schuld. Und dies will Siemens im Verbund mit anderen deutschen Großkonzernen auch heute nicht tun, obwohl die Namen damaliger Siemens-Manager, die mit der Nazi-Führung verwickelt waren, bekannt sind: Freiherr Kurt von Schröder, Verwaltungsratsvorsitzender; von Witzleben, Vizepräsident; Rudolf Bingel, Albert Pietsch, Fritz Lueschen, Gustav Leiffer, Hans Benkert, alle Mitglieder des Vorstandes.

Diese Männer waren an ent-

scheidenden politischen Schaltstellen beteiligt und lieferten den Nazis die Rüstung für ihre Kriegsführung. Mit zunehmender Dezimierung der männlichen Zivilbevölkerung in Deutschland forderten sie vermehrt ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen für die Rüstungsproduktion an. So ist in einem Sitzungsprotokoll bei Siemens & Halske am 29. II. 1944 nachzulesen: „Die Verhandlungen haben ergeben, daß die zur Zeit vorhandenen Häftlinge in Sachsenhausen für den Einsatz in Siemensstadt nicht geeignet sind. Es muß deshalb das Eintreffen neuer Transporte abgewartet werden...“

Aufgrund der Beweise, die die jüdische Claims Conference u.a. mit dem Aufspüren eines internen Siemens-Berichts „Einsatz ausländischer Zivilarbeiter, Kriegsgefangener, Juden, KZ-Häftlinge im Hause Siemens“ zusammentrug, erreichte sie im Mai 1962 die Zahlung von 7 Mio. DM für ehemalige jüdische Zwangsarbeiter. Das Eingeständnis, Zigttausende nichtjüdische Sklavenarbeiter ausgebeutet zu haben, steht 28 Jahre später immer noch aus...

Siemens hat die düstere Nazi-Vergangenheit beiseite geschoben. Für die Entschädigung von Zwangsarbeit in seinen Rüstungsbetrieben gibt es keine bilanziellen Rücklagen. Es ist höchste Zeit, daß der Konzern Wiedergutmachung an den Opfern der Zwangsarbeit leistet und seine Schuld anerkennt!

Zum Beispiel: IG Farben

Nach der Auflösung des Chemie-Konzerns IG Farben und der Aburteilung seiner Verantwortlichen wegen Massenmord, Plünderung und Versklavung („Fall 6“ der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse) wurde eine Firma „IG Farben in Abwicklung“ (IGF i.A.) geschaffen mit



Aus dem KZ Ravensbrück. Oben: Unter strenger Aufsicht mußten die Häftlinge im Lager arbeiten (1940). Unten: Im Absatz dieses Schuhs wurden die Nachrichten an die illegale Lagerleitung verborgen.

dem ausdrücklichen Auftrag, die Opfer der Verbrechen der IG Farben soweit wie möglich zu entschädigen.

Die Herren, die diese Aufgabe übernahmen, sind noch heute dabei „abzuwickeln“. Auf der Hauptversammlung der Aktionäre in Frankfurt/Main am 7. August 1987 machten sie gar keinen Hehl daraus, daß sie sogar dabei sind, einen neuen Konzern auf die Beine zu stellen. Die „Liquidatoren“ teilten voll Stolz mit, der neue Konzern habe 1986 einen Gewinn von 26 Mio. DM gemacht — und natürlich keinen Pfennig an die Opfer der IG Farben gezahlt.

Anträge, wenigstens jetzt öf-

fentlich die noch lebenden Opfer aufzufordern, sich zu melden, die „IGF i.A.“ aufzulösen und ihr Millionenvermögen in einen Fonds zur Entschädigung der Opfer einzuzahlen, wurden zur Abstimmung überhaupt nicht zugelassen!

Die IG Farben haben Hunderttausende ausländischer Zwangsarbeiter zu Tode geschunden. Als Richtlinie für die Behandlung des größten Teils von ihnen, der „Ostarbeiter“, gab Christian Schneider, Leiter der zentralen Personalabteilung des Konzerns, am 10.7.1943 an die Betriebsführer, Betriebsobmänner und Unterführer in den Betrieben aus: „Oberster Grundsatz bleibt es, aus den Kriegsgefangenen der Ostvölker und allen Ostarbeitern so viel Arbeitsleistung herauszuholen, als nur irgendmöglich. Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Aufwand die größtmögliche Leistung vollbringen.“

Der Wiedergutmachungsanwalt Otto Küster schilderte im Prozeß gegen die IG Farben vor dem Oberlandesgericht Frankfurt im März 1955, wie im Werk Buna-Auschwitz die oben zitierte Richtlinie ausgeführt wurde: „Meister der Beklagten (IG Farben) haben in Ausübung ihres Weisungsrechts Häftlinge ohne Brillen schweißen lassen, ohne Wasserstiefel im eisigen Wasser arbeiten lassen, ohne Schuttschutz schwere Kabel ziehen lassen, in Holzschuhen auf vereiste Pfeiler gejagt, sie in schwindelnder Höhe ohne Gurte dort arbeiten lassen. Sie haben sie Säcke von einem Zentner im Laufschrift schleppen lassen und ihnen, wenn das nicht nach Wunsch ging, einen zweiten Zentnersack auflegen lassen. Sie haben auf diese Weise, ohne eine Hand anzulegen, bewirkt, daß die Häftlinge abstürzten, an unbehandelten Lungenentzündungen starben, im Herzkollaps zusammenbrachen. Sie haben als wirksamstes Mittel die Todesangst eingesetzt, indem sie ihnen das

Gas androhten, in das sie sich schon dadurch schicken konnten, daß sie ungenügende Leistung meldeten. Sie haben sich aber auch nicht gescheut, selbst Hand an die Häftlinge zu legen, und sie zu schlagen mit dem Schuppenstiel, mit dem Seil, mit dem Eisen. Sie haben die Nieder geschlagenen mit Füßen getreten, oder sie haben die Kapos veranlaßt, dies zu tun. Sie haben sogar Kinder durch Schläge und Fußtritte angetrieben. Sie mögen bei alledem unter dem Druck der von ihnen seitens der Vorgesetzten erwarteten Leistung und alles dessen gehandelt haben, was von der Erfüllung des Solls oder gar eines Übersolls an Vorankommen und auch an Unabkömmlichkeit abhing. Aber sie haben darüber hinaus Handlungen begangen, die die Feststellung des Landgerichts erzwingen, die Leute der Beklagten hätten sich der Lehre hingegeben, hier seien nicht Menschen, sondern Untermenschen zu behandeln.“ (zit. nach „Die Zeit“ vom 17.1.1984)

Auf der o.a. Hauptversammlung der IG Farben i.A. hielt Emil Carlebach im Namen der VVN BdA eine Rede, in der er u.a. ausführte: „... Ich frage den Aufsichtsrat: Sind Sie bereit, sofort einen Aufruf zu erlassen, daß alle Anspruchsberechtigten sich melden?“

— Sind Sie bereit, die Spekulationen mit den Geldern der IG Farben i.A. zu beenden und mit den Auszahlungen an die Opfer der IG Farben zu beginnen?“

— Sind Sie bereit, dazu Stellung zu nehmen, daß Sie auf den Stühlen sitzen, auf denen vor Ihnen rechtskräftig verurteilte Verbrecher gesessen haben?“

Ich stelle nochmals mit aller Nachdruck fest: Niemand hat das Recht, über das Geld zu verfügen, das sich seit Jahrzehnten in Ihren Händen befindet! Das Geld gehört den Opfern der IG Farben — deshalb und deshalb existieren die IG Farben in Abwicklung!“

Entschließung des Europäischen Parlaments

Entschließung zu Entschädigungsleistungen für ehemalige Sklavenarbeiter der deutschen Industrie vom 16. Januar 1986:

Das Europäische Parlament

A. unter Hinweis auf seinen erklärten Willen, Rassismus und Faschismus zu ächten,

B. in Kenntnis der ungeheuerlichen Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus gegen die Menschlichkeit,

C. in Kenntnis, daß es erklärtes Ziel des Nazi-Programms „Vernichtung durch Arbeit“ war, jüdische und nicht-jüdische Zwangsarbeiter durch Sklavenarbeit zu vernichten,

D. in Kenntnis, daß viele deutsche Industrieunternehmen während der nationalsozialistischen Herrschaft über Deutschland jüdische und nicht-jüdische Zwangsarbeiter beschäftigt haben, die in ihrer großen Mehrzahl durch die unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen umkamen bzw. in ihrer Gesundheit schwer geschädigt wurden,

E. in Kenntnis der Urteile in den Nürnberger Prozessen,

F. unter Hinweis auf die Berechtigung der Forderung nach Entschädigungsleistungen für im nationalsozialistischen Deutschland verübte Verbrechen,

G. beunruhigt über Entscheidungen deutscher Zivilgerichte, welche die Rechte und Ansprüche der Opfer des Faschismus, die in den Nürnberger Prozessen anerkannt wurden, unbillig einschränken oder ablehnen,

H. unter Hinweis darauf, daß die überlebenden Opfer nicht nur an den physischen und psychischen Folgen der Sklavenarbeit zu leiden haben,

sondern sich auch im Alter in einer verzweifelt finanziellen Situation befinden,

I. empört darüber, daß der Flick-Konzern, der Zwangsarbeiter beschäftigt hatte, sich 40 Jahre weigerte, Zahlungen an die Opfer zu leisten und schließlich über Feldmühle/Nobel nur ein Almosen gab,

1. sieht eine klare moralische und rechtliche Verpflichtung der Firmen, die Sklavenarbeiter beschäftigt haben, Entschädigungsleistungen zu zahlen;

2. fordert die Firmen, die diese Zahlungen immer noch nicht geleistet haben, auf, dies umgehend zu tun;

3. drängt darauf, daß endlich auch andere ethnische Minderheiten, z.B. die Sinti und Roma, die ebenfalls Opfer des nationalsozialistischen Völkermordes und des Sklavenarbeitsprogramms wurden und soweit diese bisher keinerlei Entschädigung von der deutschen Industrie bekamen, eine „Wiedergutmachung“ von der deutschen Industrie erhalten, und unterstützt die entsprechenden Forderungen des Zentralrates deutscher Sinti und Roma,

4. fordert alle deutschen Unternehmen, die Sklavenarbeiter beschäftigt hatten, auf, einen Fonds für Entschädigungszahlungen an die Opfer der Zwangsarbeit einzurichten;

5. beauftragt seinen Präsidenten, diesen Beschluß dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung, dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Zentralrat deutscher Sinti und Roma und dem Bundesverband der deutschen Industrie zu übermitteln.

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft Nr. C 36/129